

19779

# Stenographisches Protokoll

474. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich  
Freitag, 21. März 1986

---

## Tagesordnung

1. Änderungen des Marktordnungsgesetzes 1985 (Marktordnungsgesetz-Novelle 1986) und des Bundesfinanzgesetzes 1986
  2. Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates
- 

## Ausschüsse

- Zuweisungen (S. 19780)

## Wahlen in Institutionen

- Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (S. 19816)

## Inhalt

### Bundesrat

Schreiben des Präsidenten des Wiener Landtages betreffend Mandatsveränderung im Bundesrat (S. 19780)

Schreiben des Präsidenten des Tiroler Landtages betreffend Mandatsveränderung im Bundesrat (S. 19780)

### Personalien

Entschuldigungen (S. 19780)

### Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 19780)

### Nationalrat

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse (S. 19780)

## Verhandlungen

- (1) Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 20. März 1986: Änderungen des Marktordnungsgesetzes 1985 (Marktordnungsgesetz-Novelle 1986) und des Bundesfinanzgesetzes 1986 (3104 u. 3105 d. B.)

Berichterstatter: **Wilfing** (S. 19781; Antrag, keinen Einspruch zu erheben — Annahme, S. 19816)

### Redner:

**Köstler** (S. 19782 u. S. 19813),  
**Theodora Konecny** (S. 19784),  
**Jürgen Weiss** (S. 19785),  
**Häas** (S. 19786),  
**Wöginger** (S. 19791),  
**Ing. Maderthaner** (S. 19793 u. S. 19814),  
**Ing. Eder** (S. 19796),  
**Staatssekretär Ing. Murer** (S. 19800),  
**Dr. Müller** (S. 19804 u. S. 19816),  
**Molterer** (S. 19807) und  
**Köpf** (S. 19815)

## Beginn der Sitzung: 12 Uhr 5 Minuten

**Vorsitzender Ing. Ludescher:** Ich eröffne die 474. Sitzung des Bundesrates.

Das Amtliche Protokoll der 473. Sitzung des Bundesrates vom 13. März 1986 ist aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Blaschitz, Holzinger, Krendl, Leitner, Nigl, Stepantschitz und Tmej.

### Einlauf und Zuweisungen

**Vorsitzender:** Eingelangt sind Schreiben des Wiener und des Tiroler Landtages betreffend Mandatsveränderungen im Bundesrat.

Ich ersuche die Schriftführung um Verlesung dieser Schreiben.

**Schriftführer Leopoldine Pohl:**

„An den Vorsitzenden des Bundesrates

Herr Bundesrat Johann Schmözl und sein Ersatzmitglied, Herr Max Eder, haben ihre Mandate mit Wirksamkeit vom 31. März 1986 zurückgelegt. Es wurden daher in der Sitzung des Landtages vom 14. März 1986 an die 4. Stelle als Mitglied des Bundesrates Herr Josef Veleta, geboren am 16. April 1930, wohnhaft in 1170 Wien, Andergasse 12 — 22/15/2/12, und als Ersatzmitglied Herr Max Eder gewählt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Günther Sallaberger“

Nun das Schreiben des Tiroler Landtages:

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates

Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß der seinerzeit für Herrn Bundesrat Kr. Dr. Rudolf Schwaiger gewählte Ersatzmann, Herr Univ.-Prof. Dr. Christian Smekal auf das ihm nunmehr zustehende Mandat verzichtet hat.

Eine Ablichtung dieser Verzichtserklärung wird gesondert zugemittelt.

Der Tiroler Landtag wird in seiner für 5. Mai 1986 vorgesehenen 1. Sitzung der 5. Tagung (Frühjahrs-Tagung) das in Nach-

folge von Bundesrat Kr. Dr. Rudolf Schwaiger zu entsendende Mitglied sowie das Ersatzmitglied bestimmen.

Der Präsident des Tiroler Landtages

Dir. Josef Thoman“

**Vorsitzender:** Eingelangt ist ferner ein Schreiben des Bundeskanzleramtes betreffend eine Ministervertretung.

Ich ersuche die Schriftführung um Verlesung dieses Schreibens.

**Schriftführer Leopoldine Pohl:**

„An das Präsidium des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident hat am 13. März 1986, Zl. 1003-06/17, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Finanzen Dr. Franz Vranitzky innerhalb des Zeitraumes vom 21. bis 28. März 1986 den Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Heinrich Übleis mit der Vertretung.

Hievon beeche ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler

Dr. Wlczek“

**Vorsitzender:** Eingelangt sind weiters folgende Beschlüsse des Nationalrates vom 18., 19. und 20. März 1986 betreffend

ein österreichisch-niederländisches Abkommen über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich,

eine 4. Schulunterrichtsgesetz-Novelle und

ein Bundesgesetz über Änderungen des Marktordnungsgesetzes 1985 und des Bundesfinanzgesetzes 1986 sowie der

Außenpolitische Bericht der Bundesregierung über das Jahr 1985.

Ich habe diese Vorlagen den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung zugewiesen.

### Behandlung der Tagesordnung

**Vorsitzender:** Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat seine Vorberatungen über Änderungen des Marktordnungsgesetzes und des Bundesfinanzgesetzes abgeschlossen und einen schriftlichen Bericht erstattet.

Im Hinblick auf einen mir zugekommenen Vorschlag im Sinne des § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung, von der 24stündigen Aufliegefrist des Ausschußberichtes Abstand zu nehmen, habe ich diesen Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Ich ersuche jene Bundesräte, die mit dem Vorschlag, von der Aufliegefrist des Ausschußberichtes Abstand zu nehmen, einverstanden sind, um ein Handzeichen. — Dies ist Stimmeneinhelligkeit.

Weiters ist die Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates erforderlich geworden.

Wird zur Tagesordnung das Wort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

**1. Punkt: Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 20. März 1986 betreffend ein Bundesgesetz über Änderungen des Marktordnungsgesetzes 1985 (Marktordnungsgesetz-Novelle 1986) und des Bundesfinanzgesetzes 1986 (3104 und 3105 der Beilagen)**

**Vorsitzender:** Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Änderungen des Marktordnungsgesetzes 1985 (Marktordnungsgesetz-Novelle 1986) und des Bundesfinanzgesetzes 1986.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Wilfing. Ich bitte um den Bericht.

**Berichterstatter Wilfing:** Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Monaten mußte aufgrund der Berechnungen des Geschäftsführers des Milchwirtschaftsfonds der allgemeine Absatzförderungsbeitrag auf 60 Groschen je kg Milch angehoben werden. Diese Anhebung bedeutet für die Milcherzeuger eine wesentliche Einkommenseinbuße. Um die derzeitige Höhe des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages senken zu können, wurden zwischen den im Nationalrat vertretenen politischen Parteien und Vertretern der vier im Milchwirtschaftsfonds vertretenen Wirtschaftspartner Ver-

handlungen über Maßnahmen für eine Änderung der Milchmarktordnung geführt.

Der vorliegende Gesetzesbeschuß des Nationalrates enthält im wesentlichen das Ergebnis dieser Beratungen. Wesentlichste Maßnahmen sind eine Sanierung des bisher gesetzlich nicht gedeckten Ab-Hof-Verkaufes und die Einführung einer Abhofpauschale, die sämtliche andere Abgaben nach dem Marktordnungsgesetz für die über die Einzelrichtmenge hinaus abgegebene Abhofverkaufsmilch ersetzt. Für die bisher bewilligten und für die legalisierten Abhofverkaufsmengen sind im angemeldeten Umfang die nach dem Marktordnungsgesetz vorgesehenen Beiträge zu entrichten. Gleichzeitig sind strenge Kontrollen und Sanktionen für den künftigen illegalen Ab-Hof-Verkauf vorgesehen. Durch den Gesetzgeber wird für den Rest des laufenden Wirtschaftsjahres (März bis Juni 1986) der allgemeine Absatzförderungsbeitrag auf 38 Groschen gesenkt. Wesentlich ist auch die Einführung der Handelbarkeit von Einzelrichtmengen, die die bisherige Neulieferantenregelung und die Aufstockungsregelung ersetzt.

In Anlehnung an die Milchlieferverzichtsprämienaktion 1985 ist weiters vorgesehen, daß der Bund vorab 65 000 Tonnen Richtmengen durch entsprechenden Rückkauf aus dem Verkehr nimmt. Erst nach Aufkauf dieser Mengen kann das System der Handelbarkeit von Richtmengen einsetzen. Die bisherige Milchlieferverzichtsprämienaktion wird im wesentlichen der neuen Rückkaufaktion von Einzelrichtmengen angeglichen (halbe Laufzeit, doppelte Prämie, Haltung von einer Selbstversorgungskuh ist erlaubt).

Der Gesetzesbeschuß enthält auch die Möglichkeit einer jederzeitigen Stilllegung von Einzelrichtmengen, wobei die Milchlieferung erst nach Ablauf von zwei Wirtschaftsjahren wiederaufgenommen werden kann. Die bisherige Pachtregelung von Teillflächen mit Einzelrichtmengenübergang wurde für Altverträge in einer Übergangsbestimmung weiter ermöglicht. Bei Verlängerung ist jedoch eine 25prozentige Kürzung der übertragenen Einzelrichtmenge mit bevorzugtem Rückkaufrecht durch den Pächter im Rahmen der Handelbarkeit vorgesehen. Künftig wird es ausschließlich Pachtverträge mit Richtmengenwahrung dann geben, wenn der Pächter den Pachtbetrieb im bisherigen Umfang weiterbewirtschaftet.

Die Meldeverpflichtungen der Molkereien wurden zwecks Verbesserung der Information über den Milchbereich ausgeweitet.

19782

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Wilfing**

Für den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag ist eine Mindestuntergrenze von 75 vom Hundert des im Gesetz definierten Erzeugermilchpreises vorgesehen.

Der Gesetzesbeschuß enthält ferner eine Rückgabeverpflichtung für Butter und Milcherzeugnisse. Sofern nicht die aufgrund einer allgemein verbindlichen Anordnung des Milchwirtschaftsfonds festgelegten Mengen von den zuständigen Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetrieben abgesetzt werden können, ist von diesen eine entsprechende Ersatzzahlung zu leisten. Diese Ersatzzahlung darf auf jene Betriebe überwälzt werden, von denen keine oder eine zu geringe Rücknahme während eines Quartals erfolgt.

Hinsichtlich der Einrechnung jener Abhoffverkaufsmengen, die über die Einzelrichtmengen hinaus abgegeben werden, ist ausdrücklich vorgesehen, daß diese Mengen erst ab 1. Jänner 1987 in den Inlandsabsatz einzubeziehen sind.

Nach dem Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft des Nationalrates unterliegen von dem gegenständlichen Gesetzesbeschuß des Nationalrates die Bestimmungen des Abschnittes II des im Initiativtrag 183/A enthaltenen Gesetzentwurfes als Änderung des Bundesfinanzgesetzes 1986 im Sinne des Artikels 42 Abs. 5 B-VG nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 21. März 1986 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 20. März 1986 betreffend ein Bundesgesetz über Änderungen des Marktordnungsgesetzes 1985 (Marktordnungsgesetz-Novelle 1986) und des Bundesfinanzgesetzes 1986 wird — soweit er dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegt — kein Einspruch erhoben.

**Vorsitzender:** Ich begrüße den im Hause erschienenen Staatssekretär Ing. Gerulf Murer. (Beifall bei der SPÖ und Beifall des Bundesrates Köstler)

Wir gehen in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Köstler. Ich erteile ihm dieses.

12.14

Bundesrat **Köstler** (ÖVP, Oberösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstmals, zumindest seit ich mich in diesem Hohen Hause befindet, ist eine Sitzung des Bundesrates ausschließlich agrarischen Problemen gewidmet. Ich empfinde das als äußerst positiv, denn damit kommt der Landwirtschaft jener Stellenwert zu, der ihr in der Gesamtwirtschaft zukommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bedaure — ich bitte Sie, Herr Staatssekretär, das nicht als Diskriminierung zu werten —, daß der zuständige Minister nicht hier ist, aber er hat ja Sie zu seiner Vertretung entsandt.

Ich möchte zu meinen Ausführungen folgendes bemerken: Meine Damen und Herren! Ich werde nicht auf Detailfragen der hier vorliegenden Gesetzesmaterie eingehen, gestatten Sie mir, daß ich einige grundsätzliche Feststellungen zur Lage der österreichischen Landwirtschaft treffe.

Am 13. Juli 1960 wurde im Nationalrat ein Gesetz beschlossen, mit dem Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung sowie zur Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes getroffen werden; kurz genannt: das Landwirtschaftsgesetz. In diesem Gesetz steht, es sind besonders anzustreben:

Erstens: die Schaffung und Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden und leistungsfähigen Bauernstandes in einem funktionsfähigen ländlichen Raum.

Zweitens: die Schaffung und Erhaltung bürgerlicher Familienbetriebe, deren Erträge allein oder in Verbindung mit einem Zu- oder Nebenerwerb ein den anderen Berufsgruppen angemessenes Einkommen nachhaltig sichern.

Drittens: die Anhebung der sozialen Verhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Bevölkerung auf den Stand der sozialen Verhältnisse der übrigen Bevölkerung.

Viertens: die Gewährleistung einer bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreien landwirtschaftlichen Produkten unter Bedachtnahme auf die Versorgung in Krisenfällen.

**Köstler**

Fünftens: die Erhaltung und Verbesserung der Agrarstruktur sowie der natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser und Luft.

Sechstens: die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft und die Aufrechterhaltung einer Siedlungsdichte, die für die ausreichende Ausstattung des ländlichen Raumes, insbesondere mit Einrichtungen der Versorgung und Entsorgung, der Bildung, des Verkehrs und der Erholung notwendig ist. — Soweit das Landwirtschaftsgesetz.

Ich möchte meine kurzen Ausführungen vielleicht als einen agrarpolitischen Einkehrtag bewertet wissen. (*Bundesrat Schachner: Wie im Wirtshaus!*) Mit dem Begriff „Einkehrtag“ verbinden wir das Ausbrechen aus dem Alltag, aus der einschläfernden Routine, aus Klischees auf der einen Seite und die Suche nach Selbstfindung, Besinnung, Wahrheit und innerer Neuorientierung auf der anderen Seite.

Auch für die Agrarpolitik ist es hin und wieder notwendig, sich vom Alltagstrott mit seinen routinemäßigen Denkmustern zu lösen und Begriffe wieder neu zu überdenken, die durch die harte Wirtschaftswirklichkeit zur reinen Leerformel erstarrt sind. Man könnte hier überspitzt sagen: Bei jeder Möglichkeit wird die Freiheit des Bauern strapaziert, dies ist eigentlich eine solche Leerformel geworden. Denn wie kann man noch von Freiheit sprechen, wenn der Landwirt von der Flächenwidmung, von der Raumordnung, vom Grundverkehr bis zur Milchkontingentierung in ein beengendes Korsett gezwängt ist? (*Bundesrat Dr. Müller: Und die Genossenschaften?*)

Agrarpolitischer Einkehrtag bedeutet, sich ehrlich den Spiegel vorzuhalten, ohne sofort zu Beschönigungsversuchen anzusetzen. Agrarpolitischer Einkehrtag bedeutet Suche nach Neuorientierung, nach problemadäquaten neuen Zielvorstellungen und Denkmödellen.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß sich die Agrarpolitik derzeit an einem Scheideweg befindet. Das Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb darf kein leeres Schlagwort sein. Die Erhaltung der Betriebe, die sich gerade noch im Vollerwerb halten können, ist Grundlage einer ehrlichen Agrarpolitik. Es ist nicht ehrlich, immer mehr Bauern in den Nebenerwerb zu zwingen, umso mehr wenn keine außerlandwirtschaftli-

chen Arbeitsplätze angeboten werden können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eines muß uns klar sein: Agrarpolitik zum Nulltarif ist einfach in einer modernen Industriegesellschaft unmöglich. Der Staat hat hier eine Verantwortung, aus der wir ihn nie entlassen werden. Der Staat muß nämlich aus ökologischen, regionalen und gesellschaftspolitischen Gründen die Bauern erhalten.

Hier bieten sich Vergleiche an. Werfen wir einen Blick in die Schweiz, wo im Landwirtschaftsbericht festgestellt wird, der Staat habe der Land- und Forstwirtschaft — ich betone: in der Schweiz — jährliche Aufwendungen von insgesamt 1 573 Millionen Franken zukommen zu lassen. Das sind rund 13,3 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren!

Der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtbudget des Bundes beträgt in der Schweiz 8,3 Prozent. Und bei uns? — Hier überlegt ein Finanzminister, wohlwollend toleriert vom Landwirtschaftsminister, wie er das Wenige an Agrarförderung noch weiter kürzen könnte.

Bei uns ist keine Krisenvorsorge vorhanden, obwohl wir — ich möchte hier nur ein Beispiel erwähnen — auf dem Sektor der pflanzlichen Öle und Fette zu 96 Prozent vom Ausland abhängig sind. Die Bergbauernförderung ist gesetzlich nicht geregelt, sondern auf das Wohlwollen der jeweiligen Regierung abgestimmt.

Und man hat den Eindruck, wenn man die Diskussionen der letzten Wochen und Monate betrachtet, daß sich alles gegen die Landwirtschaft richtet. Eine Großkundgebung in Linz, die ich nicht minder bewerten möchte, hat ein bedeutender Abgeordneter der Sozialistischen Partei zum Anlaß genommen, um die angeblichen „Milliardensubventionen“, die die Landwirtschaft erhält, darzulegen. (*Bundesrat Schipani: Die Neidkomplexe hat er erwähnt! Die gibt es doch!*) Aber darüber wird ja noch gesprochen werden. Es gibt eine diesbezügliche Aussendung des ÖGB. Es entsteht irgendwie der Eindruck, man möchte damit von den Problemen der Verstaatlichten ablenken. (*Bundesrat Schipani: Das sagen Sie! Wir sagen, Sie wollen von den Bauern ablenken!*)

Wenn ich die Rede des freiheitlichen Klubobmannes Peter, die er kürzlich im Nationalrat gehalten hat, Revue passieren lasse, in der er gegen angekündigte Demonstrationen der

19784

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Köstler**

Bauern gewettet hat, so muß ich bitten, doch einmal eines zur Kenntnis zu nehmen: Bauern gehen nicht mutwillig auf die Straße, sondern demonstrieren, erfüllt von Sorge, ihre Existenz zu erhalten. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Sie haben recht, sie gehen nicht mutwillig auf die Straße, sie werden geschickt! Das ist der Unterschied!*)

Herr Kollege Schipani! Es gibt Leute, die so gescheit und gebildet sind, daß sie zu fast nichts mehr auf dieser Welt zu gebrauchen sind. (*Bundesrat Schipani: Schauen Sie sich um in Ihren Kreisen! — Bundesrat Schachner: Mein lieber Herr! Eines Tages werden wir zusammenwachsen! Ist das der Graffsche Ton, der hier durchschlägt?*)

Es ist ein Erfordernis der Stunde, meine Damen und Herren, die Landwirtschaft als Partner, als Auftraggeber anzuerkennen. Sie ist, glaube ich, der einzige Berufsstand — Sie können gern den Gegenbeweis antreten —, der selbst einen Beitrag zum Export seiner Produkte leistet. Daher ist vermehrtes Verständnis erforderlich.

Meine Damen und Herren! Die Demokratieverdrossenheit (*Ruf bei der SPÖ: Von Ihnen beschworen!*) in Österreich ist auf einem gewissen Höhepunkt angelangt, hervorgerufen durch Skandale und verbalen Schlagabtausch oftmals unter der Gürtellinie. (*Bundesrat Berger: Bei solchen Reden ist das kein Wunder! — Weiterer Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Marktordnungsgesetze, meine Damen und Herren, sind Zweidrittelgesetze. Daher müssen wir einen Konsens finden, der in einen Kompromiß mündet. Ein Politiker hat einmal gesagt: Ein Kompromiß ist nur dann gerecht, brauchbar und dauerhaft, wenn beide Partner damit gleich unzufrieden sind.

Wir werden diesem Gesetz zustimmen, weil die positiven Seiten überwiegen. (*Abg. Berger: Ich habe geglaubt, das Mandat zurücklegen!*) Aber wir werden weiterhin darauf drängen, daß zum Beispiel das Weingesetz noveliert wird, auch wenn der Bundesminister in der letzten Fragestunde geantwortet hat, er sehe hiezu keine Notwendigkeit, obwohl klar auf den Tisch gelegt wurde, daß dieses Gesetz nicht exekutierbar ist. Wir werden weiterhin darauf drängen, daß die Getreideverhandlungen möglichst bald abgeschlossen werden, denn auch die Getreidebauern haben ein Recht darauf, noch vor der Ernte zu wissen, daß Absatz und Preis ihrer Produkte gesi-

chert sind. (*Bundesrat Schipani: Wir werden mit allen reden müssen!*)

Und nun zum Abschluß, Herr Staatssekretär, darf ich Sie bitten, dem Herrn Bundesminister eines zu sagen: Herr Dipl.-Ing. Haiden ist ein guter Minister — aus der Sicht seiner Partei gesehen. Er soll sich endlich bemühen, auch ein Bundesminister für die Bauern zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) <sup>12.25</sup>

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Bundesrat Theodora Konečny. Ich erteile ihr dieses.

<sup>12.25</sup>

Bundesrat Theodora Konečny (SPÖ, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß es trotz aller Schwierigkeiten Einigung über ein Reformpaket zur Milchmarktordnung gibt, daß es erzielt werden konnte und daß wir uns einig geworden sind. Ebenso erfreulich ist, daß ein Dreiparteieninitiativantrag im Interesse unserer Bauern und für unsere Bauern eingebracht wurde. Diese Einigung in letzter Minute ist ein positiver Schritt zur weiteren Entwicklung der Milchmarktordnung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits 1985 wurde ein Maßnahmenpaket beschlossen. Das Landwirtschafts- und das Finanzministerium haben sich über die Erhöhung des Bundeszuschusses für den Export in der Höhe von 120 Millionen Schilling einigen können. Die Exportkosten sind jedoch weiter gestiegen. Vor allem bei der Butter ist es zu einem Konsumeinbruch gekommen. Der Dollarverfall und die fallenden Weltmarktpreise führten zu höheren Stützungserfordernissen, und somit stieg der allgemeine und auch der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag für die Bauern wesentlich.

Eine Änderung des Marktordnungssystems auf dem Milchsektor stand daher im Raum. Ich glaube, sinnvoll wäre es bereits damals gewesen, wenn sich die Vertreter der Bauern mit dem Landwirtschaftsminister und den Sozialpartnern zusammengesetzt und gemeinsam eine Reform der Milchmarktordnung erarbeitet hätten, denn wenn politisches und nicht sachliches Interesse im Vordergrund steht, kann keine Einigung erzielt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was wir heute beschließen, ist eine vernünftige Einigung über ein Reformpaket zur Milchmarktordnung. Der Absatzförderungs-

**Theodora Konečny**

beitrag wird ab 1. März 1986 rückwirkend auf 36 Groschen gesenkt, und durch die Maßnahmen der Novelle ist zu erwarten, daß es mit 1. Juli des heurigen Jahres zu einer weiteren Senkung des Absatzförderungsbeitrages kommen wird.

Einer der wesentlichen Punkte der Novelle ist die Neuregelung des Ab-Hof-Verkaufes. Der illegale Ab-Hof-Verkauf ging zu Lasten jener Bauern, die nicht die Möglichkeit hatten, diesen Weg zu beschreiten. Für den Ab-Hof-Verkauf wurden auch keinerlei Beiträge an den Milchwirtschaftsfonds entrichtet, und das führte zu einem höheren allgemeinen Absatzförderungsbeitrag.

Nunmehr muß für die angemeldete Ab-Hof-Verkaufsmenge ein Pauschalbetrag in der Höhe von 3 S pro Liter entrichtet werden. Der Mindestpreis für ab Hof verkauft Milch wird mit 9 S festgesetzt. Der Pauschalbeitrag von 3 S ist rückwirkend mit 1. Jänner 1986 für die angemeldete Ab-Hof-Verkaufsmilch zu entrichten.

Mit dieser Legalisierung des Ab-Hof-Verkaufes wurde ein konsumentenfreundlicher Weg beschritten. Eines muß aber den Bauern klar sein: daß in Zukunft ein illegaler Ab-Hof-Verkauf nicht mehr möglich sein wird. Der Milchlieferant, der schwarz ab Hof verkauft, muß mit einer vorübergehenden oder einer dauernden Kürzung der Richtmengen rechnen. Der Ab-Hof-Verkauf wird auch strenger kontrolliert werden als bisher.

Die finanziellen Mittel, die durch den Pauschalbeitrag für ab-Hof-verkaufte Milch eingehen, werden zu 60 Prozent für Exportfinanzierung und zu 40 Prozent für Inlandsmaßnahmen Verwendung finden. Bei den Inlandsmaßnahmen ist vor allen Dingen an eine Verbilligung der sogenannten Wasserkäse gedacht, damit die Importe dieser Käsesorte nicht weiter anwachsen. Vor allen Dingen muß die Milchwerbung für den Inlandsmarkt verstärkte Impulse setzen. Butter- und Käseverbilligungsaktionen können allein nicht helfen. Das Warenangebot muß breiter gestaltet werden. Die Hausfrau im Osten Österreichs muß die gleiche Möglichkeit haben, aus der vielfältigen Produktenpalette der Milcherzeugnisse ihren Bedarf zu decken, wie die Hausfrau in Westösterreich.

Gegenüber der alten Rückkaufaktion werden die Prämien verdoppelt, und die Laufzeit wird auf fünf Jahre halbiert. Mit dieser Rückkaufaktion schließen wir uns jener von 1985 voll und ganz an, es wird alles angepaßt. Jene

Milchlieferanten aber, die sich an der ersten Rückkaufaktion beteiligt haben, werden auch nach den verbesserten Bedingungen behandelt, sodaß sie ebenfalls die doppelte Prämie für die Laufzeit erhalten.

Besonders wichtig für die Bauern ist die Handelbarkeit von Richtmengen. Hierbei ist gesichert, daß nicht jene Bauern zum Zug kommen, die die Finanzkraft haben, sich Richtmengen zu kaufen, sondern derjenige, der ein großes Mißverhältnis zwischen Grünland und Richtmenge hat, wird sich bevorzugt an der Handelbarkeit beteiligen können. Die Beteiligung erfolgt durch den Milchwirtschaftsfonds, sodaß interessierter Bauer und anbietender Bauer gar nicht in Verbindung kommen.

Das Reformpaket ist sicher ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Milchmarktordnung. Ich glaube, durch die Einführung der Kontingentierung war und ist Österreich beispielgebend in Europa für eine Reform am Milchmarktsektor, und dafür gebührt unserem Landwirtschaftsminister und auch seinen Mitarbeitern besonderer Dank. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Fraktion ist daher gerne bereit, dieser Marktordnungsgesetz-Novelle 1986 die Zustimmung zu erteilen. — Danke. (Beifall bei der SPÖ) 12.33

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Jürgen Weiss. Ich erteile ihm dieses.

12.33

Bundesrat Jürgen Weiss (ÖVP, Vorarlberg): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Ich möchte, wie es manche von Ihnen vielleicht aus dem Deutschen Bundestag kennen, eine kurze Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten abgeben.

Mein Landsmann Nationalrat Türtscher hat gestern im Nationalrat sein Mandat zurückgelegt, weil er der Meinung war, daß die Strafbestimmungen in ihren Sonderformen der Produktionseinschränkung, nicht der Strafe an sich, in keinem ausgewogenen Verhältnis zum Delikt, das an sich nicht bestritten wird, stehen. Ich teile diese Meinung und werde daher dem Antrag des Ausschusses meine Zustimmung nicht geben.

Die Geschäftsordnung, die wir beschlossen haben, ist eine sehr gute, aber wir kennen alle die Situation, daß man nicht für alles Vorsorge treffen kann. Wir haben hier im Bundesrat nicht die Möglichkeit, differenziert zu votieren, auch nicht die Möglichkeit, Abände-

19786

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Jürgen Weiss**

rungsanträge einzubringen, sonst hätte ich einen eingebracht, so wie das im Nationalrat auch versucht wurde.

Ich werde nicht den Antrag stellen — dazu wäre ich allein auch gar nicht in der Lage —, Einspruch zu erheben, weil ich nicht verkenne, daß die Novelle auch Vorteile für die Ab-Hof-Lieferanten bringt. Das ist unbestritten. (*Bundesrat Köpf: Das heißt, Sie werden auch zurücktreten!*) Diese Freude, Herr Kollege Köpf, will ich Ihnen nicht machen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich denke, auch Sie schätzen die Auseinandersetzung, die wir hier an dieser Stelle häufig zu führen haben. (*Bundesrat Köpf: Es wäre ein Zeichen von Mut!*) Herr Kollege Köpf! (*Bundesrat Schipani: Es kommt ja selten etwas Besseres nach!*) Ich danke Ihnen für die freundliche Anteilnahme.

Ich werde daher nicht begehrn — in welcher Form auch immer das geschäftsordnungsmäßig möglich wäre —, daß Einspruch erhoben wird, weil ich die Verbesserungen, die eintreten, nicht erkennen will und auch nicht dafür bin, daß diese Verbesserungen nicht in Kraft treten. Ich möchte dadurch, daß ich an der Abstimmung nicht teilnehme, aber zum Ausdruck bringen, daß ich in diesem Punkt die Meinung des Kollegen Türtscher im Nationalrat teile und der Novelle nicht die Zustimmung geben kann. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Sie sind gegen die Mehrheit des Bauernbundes! Okay! Wir nehmen es zur Kenntnis!*) <sup>12.35</sup>

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Haas. Ich erteile ihm dieses. (*Bundesrat Schipani: Jetzt kommt einer, der die Bauern vergewaltigt!*)

<sup>12.35</sup>

Bundesrat **Haas** (ÖVP, Steiermark): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Bundesrates! Herr Kollege Köstler hat uns in einer sehr prägnanten und sehr eindrucksvollen Weise einen Gesamtüberblick über das breite Feld der agrarischen Sorgen und Probleme gegeben. (*Bundesrat Dr. Müller: Das stimmt nicht!*)

Lassen Sie mich nun zum eigentlichen Anlaß, zum Hauptthema dieser heutigen Sondersitzung, zur Milchmarktordnung kommen und — so wie es Frau Kollegin Konečny getan hat — auf diese Fragen eingehen, wobei ich in meinem Beitrag auf einige Ihrer Feststellungen noch im speziellen eingehen möchte.

Lassen Sie mich in kurzer Zusammenfas-

sung voranstellen: Kein Grund zur Euphorie und zu Jubelröhnen! Wir Bauern haben mehr erwartet! Es ist unserem Verhandlungsteam sicher nicht leicht gefallen, diesem Komromiß zuzustimmen, und auch uns fällt es nicht leicht. Dennoch konstatieren wir fürs erste eine gewisse Erleichterung und eine gewisse Entspannung. Daneben bleiben aber die Sorge und die Skepsis bestehen, ob die vorgenommenen Maßnahmen auch wirklich im erwünschten Maße greifen werden und nicht doch in kurzer Frist wieder die Bauern zur Kasse gebeten werden.

Zuerst einmal in einigen Sätzen, worum es geht. Dazu möchte ich auch gleich einleitend anführen, daß wir Agrarier Ihre Geduld nicht überstrapazieren möchten. Es ist ja sicher nicht ganz einfach für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie nicht zu den Agrariern gehören, mit all den Begriffen zurechtzukommen, mit denen wir da ständig herumjonglieren (*Bundesrat Schipani: Um von der Milch etwas zu verstehen, muß man nicht unbedingt Bauer sein!*): Einzelrichtmenge, Gesamtrichtmenge, allgemeiner und zusätzlicher Absatzförderungsbeitrag, Jahresausgleich, Ab-Hof-Pauschale und was noch alles von uns immer wieder in die Diskussion gebracht wird. Ich verstehe schon, daß Sie da manchmal leicht verwirrt sind (*Bundesrat Köpf: Der Weiss ist verwirrt, nicht wir!*), ist es doch selbst für uns, die wir mit diesen Dingen zu tun haben, nicht immer ganz einfach, sich in diesem Begriffe- und Paragraphen-dschungel der Marktordnung zurechtzufinden.

Nun, meine Damen und Herren, zuerst und vordergründig — das wurde schon gesagt — geht es um die Reduzierung, geht es um die Absenkung des hohen allgemeinen Absatzförderungsbeitrages, also jenes Beitrages, der den Bauern für jeden gelieferten Liter Milch abgezogen wird. Dieser allgemeine Absatzförderungsbeitrag wurde ja bekanntlich vom Landwirtschaftsminister mit 1. Dezember 1985 abrupt und schockartig um 25 Groschen, nämlich von 39 . . . (*Bundesrat Dr. Müller: Das mußte er ja!*) Nein! Das mußte er gar nicht! Das steht in seinem freien Ermessen, in welchem Ausmaß er hier nachzieht.

Auf 64 Groschen hat sich dieser Antrag erhöht. (*Bundesrat Dr. Müller: Der Geschäftsführer vom Milchwirtschaftsfonds schreibt das vor!*) Hören Sie mir zu, Herr Kollege! Das hat bedeutet, daß die beiden Milchpreiserhöhungen der letzten zwei Jahre, der Jahre 1984 und 1985, mit diesem Federstrich des Bundesministers gewissermaßen ausgelöscht, wegradiert worden sind. Ich frage Sie,

**Haas**

ich frage vor allem die Gewerkschafter hier in diesem Hohen Hause, was Sie dazu sagen würden ... (Bundesrat H e l l e r: *Die verstehen ja nichts davon!*) Nun, darum wähle ich dieses Beispiel. Ich frage Sie, was Sie dazu sagen würden (*Zwischenruf des Bundesrates Schachner*), wenn die Lohnerhöhungen zweier Jahre mit einem Federstrich ausgelöscht würden, so gewissermaßen per Ministererlaß, wie das diesen 120 000 österreichischen Milchbauern passiert ist.

Nun — das wurde schon gesagt —, nach sehr langen und sehr harten Verhandlungen, 17 Verhandlungsrunden, ist es dann doch zu einer Einigung gekommen, die eine Reduzierung dieses Abzuges auf 38 Groschen vorsieht. Das hört sich ja recht gut an. Was uns aber dennoch Sorge macht, das ist die fehlende finanzielle Bedeckung und Absicherung dieser an sich erfreulichen Kürzung.

Ein wenig ähnelt das alles einem Trapezakt ohne Netz. Wir hoffen und wünschen uns nur sehr, daß alles gut geht, daß wir nicht abstürzen und uns dabei das Genick brechen. Darum hoffen und wünschen wir ja auch — so wie das Frau Kollegin Konečny sagte —, daß diese Richtmengenrückkaufaktion im zweiten Anlauf besser funktionieren und besser greifen wird, als dies beim ersten Mal der Fall war, daß auch das Ab-Hof-Pauschale von einvernehmlich 3 S je Kilo Milch doch einiges Geld hereinbringen wird. Das sind ja die beiden Hauptpunkte dieser Marktordnungsgesetz-Novelle.

Also erstens einmal diese Lieferverzichts- oder Richtmengenrückkaufaktion, die im Vergleich zum ersten Durchgang eine Verkürzung von zehn auf fünf Jahre vorsieht, und eine Verdoppelung der Prämien. Wir würden uns wirklich ein besseres Ergebnis wünschen, als dies beim ersten Mal der Fall war, wir hoffen, daß wir doch einige zigtausend Kilo Richtmenge aus dem überfüllten Milchmarkt herausbekommen.

In diesem ersten Durchgang — wir wissen das ja alle — hat es allerhand bürokratische Ungereimtheiten, hat es allerhand Amtsschimmelreitereien gegeben, es war das ja auch der erste Versuch in dieser Richtung. Ich hoffe, daß wir jedoch alle aus den Fehlern des letzten Jahres gelernt haben.

Als zweites: Die neue Ab-Hof-Milchregelung mit einem Pauschalbetrag von 3 S, die nun jeder Bauer, der seine Milch unmittelbar vom Hof weg an den Konsumenten verkauft, um 9 S oder 10 S, über die Molkerei nun in

den gemeinsamen Topf einzahlt. Vom Minister ist ein höherer Abzug vorgeschlagen gewesen, es ist aber dann vernünftigerweise zu einer Einigung auf diese 3 S gekommen, weil bei höheren Abzügen zu fürchten ist, daß dann manches Geld aus dem Ab-Hof-Verkauf, weil der Bauer die gesamte Milchabgabe eben nicht melden wird, im Ausgleichstopf fehlen wird, in jenem Ausgleichstopf, in jenem Ausgleichssystem, das über ein sehr kompliziertes, aber nun doch schon seit Jahrzehnten erprobtes Verwertungs- und Transportausgleichssystem und -verfahren vom Milchwirtschaftsfonds her gesteuert wird und das vor allem den marktfernen Bauern, den Bergbauern oben auf den Bergen und hinten in den Gräben dient, die nicht in der günstigen Lage sind wie etwa die Bauern am Stadtrand, die ihre Milch unmittelbar und zu guten Preisen an die Konsumenten verkaufen können.

Diesen heute ganz selbstverständlich einheitlichen Milchpreis für alle Bauern hat es ja nicht immer gegeben, das muß man ja auch wissen. Mein Vater hat mir oft erzählt, daß man etwa in den dreißiger Jahren am Stadtrand von Graz 40 Groschen für einen Liter Milch bekommen hat. Gar nicht soweit davon entfernt — in der Ost- und Weststeiermark — haben sich die Bauern mit 12 und mit 13 Groschen zufrieden geben müssen.

Gerade auf der Grundlage der Solidarität und des Ausgleiches haben unsere Väter in den dreißiger, später auch in den vierziger und fünfziger Jahren dieses Milchsystems sehr mühsam aufgebaut. Ich glaube, wir tun gut daran, dieses System in seiner sozialen und auch regionalpolitisch vernünftigen Grundstruktur zugunsten der marktfernen, sich in Berglagen befindlichen Bauern auch für die Zukunft zu erhalten.

Wenn sich all unsere Milchbauern in Städtnähe, in Siedlungsnähe daran halten, für den Ab-Hof-Milch-Verkauf 3 S gewissermaßen als Solidaritätsbeitrag abzuliefern, so werden wir uns ganz sicher viele der hohen Abzüge beim gesetzlichen Milchpreis ersparen können. Ich glaube, es war sicher richtig, eine Amnestie für die bisherigen Verstöße gegen die Ab-Hof-Regelung zu erlassen. Aber ebenso wichtig und notwendig ist es in Zukunft, im Interesse des gemeinsamen Ganzen die Einhaltung der neuen Ab-Hof-Regelung auch wirklich zu beachten und — ich spreche das aus — auch zu kontrollieren, wenn dieses Solidaritäts- und Ausgleichssystem im Interesse aller nicht in sich zusammenbrechen soll. Wir Bauern wollen uns keineswegs vor der Verantwortung drücken, die wir selber auch für das Funktionieren dieses Systems haben.

19788

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Haas**

Ich sage das auch nach den Worten von Jürgen Weiss und auch vor dem Hintergrund der gestrigen bedauerlichen Mandatsrücklegung eines Nationalratskollegen, der in dieser Frage eben eine andere Auffassung vertreten hat und in einer sehr klaren und Respekt gebietenden Weise eine Gewissensentscheidung getroffen hat.

Gerade weil wir in dieser Frage die Haltung des Ministers kennen, wundere ich mich sehr über eine Flugschrift der steirischen SPÖ-Bauern, in der die in der vergangenen Woche gemeinsam beschlossene Ab-Hof-Regelung kommentiert wird, und zwar in folgender Weise:

„Der Bauernbund hat sich durchgesetzt. Der Bauer, der ab Hof verkauft, muß dafür 3 S bei seiner Molkerei abliefern. Durch diese Regelung werden Konsumenten und Produzenten verärgert. Die Molkereien verdienen dafür auf Kosten der Bauern und der Steuerzahler.“ — Zitatende.

Frau Kollegin Konečny hat vorhin etwas ganz anderes als Kommentar zu dieser Ab-Hof-Regelung von sich gegeben. Ich glaube, das ist doch wirklich blanke Demagogie, das ist doch einfach unwahr. Herr Staatssekretär, Sie werden es sicherlich nicht in Abrede stellen, daß auch in der Regierungsvorlage ursprünglich ein höherer Ab-Hof-Beitrag verlangt worden ist als diese 3 S. Wir wissen es, und Sie sollten es auch wissen, daß von diesem Geld, von diesen 3 S, nicht ein 1 S bei der jeweiligen Molkerei verbleibt, sondern in den großen Ausgleichstopf fließt. Wenn Ihre Parteifreunde in der Steiermark das nicht wissen sollten, dann würde ich empfehlen, daß Sie die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Milchwirtschaftsfonds, die aus Ihrem Lager kommen, den Herrn Muhm von der Arbeiterkammer und den Herrn Obmann-Stellvertreter Huber vom Gewerkschaftsbund, einmal einladen, im Kreise der steirischen Parteifreunde einen Informationsvortrag in dieser Frage zu halten. (Bundesrat Schipani: Im Milchwirtschaftsfonds sind sich alle einig! Das wissen Sie ganz genau!)

Vielleicht, Herr Kollege Schipani, sollte man Sie auch einladen, sich diesen Vortrag Ihrer Kollegen Huber und Muhm anzuhören.

So ganz nebenbei möchte ich noch bemerken, was das angeblich so große Verdienen in den Molkereien angeht: Es gibt wahrscheinlich kein Unternehmen in Österreich, das schärfer und genauer kontrolliert wird als eine Molkerei. Ich darf Ihnen das sagen als

einer, der selber im Vorstand einer solchen Molkerei tätig ist. Das fängt einmal an bei der Innenrevision, das geht dann über zu den Kontrollen seitens des Aufsichtsrates, zu den Kontrollen seitens der genossenschaftlichen Innenrevision, dann kommen die Kontrollen ... (Bundesrat Köpf: Das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit, daß g'scheit kontrolliert wird!)

Das ist doch selbstverständlich! — Ich würde nur wünschen, meine sehr geehrten Kollegen von der linken Seite, daß bei all Ihren Unternehmungen die gleiche Transparenz vorherrscht, die bei den Molkereien zweifelsohne gegeben ist.

Ich wollte nur sagen: Da kommt noch einiges hinzu. Da kommen die Kontrollen durch Finanz, Kontrollen durch den Rechnungshof ... (Bundesrat Schipani: Ihr laßt ihn nicht!) Es gibt kaum einen Tag, Herr Kollege, an dem in „meiner“ Molkerei nicht irgendein Prüfungsorgan am Werk ist. Völlig in Ordnung, dagegen ist auch nichts einzuwenden! Wir haben nichts zu verborgen, wir haben nichts zu verstecken und zu verdecken! Gar keine Frage!

Nur bekomme ich jedesmal fast einen Lachkrampf, wenn ich höre von „gewaltigen Verdienstspannen“, wenn ich höre von „undurchsichtigen Manipulationen“, die es angeblich in den Molkereien auf Kosten der Konsumenten und Bauern geben soll. Ich kann nur wiederholen: Ich wünschte mir, anderswo gäbe es die gleiche Transparenz! (Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Köpf: Kontrollieren heißt ja nicht, daß veröffentlicht wird! — Zwischenruf bei der SPÖ: Was sagen Sie zum „Käseskandal“?) Das war ein guter Zwischenruf, was die Käseproblematik betrifft. (Bundesrat Schipani: Herr Kollege, welche Erklärung haben Sie dafür: Wir haben den höchsten Milchpreis, und die Bauern bekommen am wenigsten? Woran liegt das?)

Sie müssen zugeben, daß all diese Anwürfe, die vorgetragen worden sind, die auch über die Presse vorgebracht worden sind, in sich zusammengebrochen sind und daß sogar verschiedene Presseorgane sich entschuldigen mußten, weil sie völlig zu Unrecht Vorwürfe erhoben haben, die in keiner Weise zu begründen waren.

Herr Kollege Schachner, ich glaube, Sie haben es gesagt; ich bin Ihnen sehr dankbar. Es war davon die Rede, daß nach dem Rechnungshof auch der Milchwirtschaftsfonds ständig und laufend unsere Betriebe über-

**Haas**

prüft (*Bundesrat Schachner: Der Rechnungshof tut es auch! Ihr laßt ihn ja nicht hinein!*), jener Milchwirtschaftsfonds, lassen Sie mich das auch hier sagen, der als oberstes Lenkungs- und Kontrollorgan der österreichischen Milchwirtschaft ein sozialpartnerschaftlich organisiertes Organ ist. Ich sagte Ihnen früher schon, daß wir dort auch zwei Obmannstellvertreter Ihres Lagers tätig haben.

Der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammern haben dort mindestens ebensoviel Einfluß wie die unmittelbar davon betroffenen Milchbauern, die auch nur eine von diesen vier Gruppierungen sind, die in diesen Fondsorganen ihre Stimme erheben können; neben Landwirtschaftskammer Bundeskammer, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund.

Es gibt, glaube ich, keinen Betrieb in Österreich, der, unternehmerisch gesehen, in ein engeres Korsett gezwängt ist und der so sehr ans Gängelband gelegt ist, wie das hier bei den Molkereien der Fall ist. Das lassen Sie mich bei einem Anlaß wie diesem auch einmal aussprechen. Die Wahrheit ist nämlich, daß nichts und schon gar nichts geschehen kann ohne Ihre Zustimmung, ohne Ihr Placet.

Meine Damen und Herren! Auf einen Vorschlag der SPÖ-FPÖ-Koalition konnten wir nicht eingehen, nämlich auf die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene lineare Absenkung der Richtmenge für alle österreichischen Milchbauern um 4,5 oder ich weiß nicht um wieviel Prozent.

Alle vom Minister dazu vorgelegten Rechnungen werden so lange nicht zum Ziele führen, als wir zwei Entwicklungsströme nicht in den Griff bekommen. Das eine — davon haben wir schon gesprochen — ist die Frage des schwarzen und des unkontrollierten Hofverkaufes. Das zweite ist das alarmierende Überhandnehmen der aus dem Ausland hereinkommenden Molkereiwaren, Importe, die im Vorjahr Ausmaße angenommen haben wie noch nie zuvor.

Wollten wir nun auf der einen Seite die Richtmengen unserer Bauern kürzen, auf der anderen Seite aber weiterhin tatenlos der Überflutung unseres Inlandsmarktes mit Auslandware zusehen, so hieße das ja nichts anderes, als daß wir gleichsam — und das mit Gesetzesbeschuß — die Marktanteile, ist gleich Einkommensanteile, unserer österreichischen Bauern an die deutschen Bauern, an die französischen Bauern, an die holländi-

schen Bauern, an die ungarischen Bauern übertragen und weitergeben.

Das kann für uns kein Weg sein, den wir mit Ihnen gehen, so sehr wir immer auch bereit sind, alle neuen Modelle und Lösungsvorschläge, die präsentiert werden, durchzudiskutieren.

Zurzeit erleben wir wirklich eine Importinvasion sowohl über die West- als auch über die Ostgrenze unseres Staates herein, wie es das noch nie gegeben hat. Während sich unsere Käseausfuhren seit 1982 stets im Rahmen der festgelegten Kontingente — das Ausfuhrkontingent macht 14 350 t aus — bewegt haben, haben die Importe aus der EWG mit 9 105 t nahezu eine Verdoppelung des den EG-Staaten vertraglich zugestandenen Kontingentes von 5 000 t erreicht. Vor allem die Einfuhr des nicht kontingentgeregelten sogenannten Wasserkäses — es wurde heute schon davon gesprochen — hat eine geradezu explosionsartige Ausweitung erfahren.

Allein diese Mehreinfuhren über das geregelte Kontingent, nämlich diese 4 105 darüber hinausgehenden Tonnen Käse, entsprechen einer Milchmenge von 30 000 t heimischer Produktion, die damit vom Inlandsmarkt verdrängt und in den Export gedrängt wird. Laut der Berechnungsgrundlage, wie sie uns Herr Minister Haiden vorgelegt hat, kostet diese Käseimportsteigerung beziehungsweise Marktverdrängung sowohl die Bauern als auch den Staat mindestens 180 Millionen Schilling an notwendigen Stützungen für den Export.

Wir hätten den Herrn Minister heute hier gerne gesehen und empfinden es nahezu als Brüskierung, wenn er heute nicht im Hause ist. Wir würden den Landwirtschaftsminister aber vor allem auch gerne in Brüssel sehen, lassen Sie mich das auch aussprechen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir würden ihn in Brüssel lieber sehen als anderswo — ich möchte jetzt nicht einige seiner Jagdziele hier aufzählen —, um in Brüssel in Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft eine Aufstockung unserer Exportquoten und eine Harmonisierung des Import-Export-Verhältnisses, das aus den Fugen geraten ist, zu erwirken, wie das ja auch den Schweizern oder kürzlich erst den Finnen gelungen ist. Das ist unser Ersuchen an die Adresse des Herrn Bundesministers und auch an die Ihre, Herr Staatssekretär.

Unser Ersuchen an die Adresse des

19790

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Haas**

Gesundheitsministers ist, endlich dafür Sorge zu tragen, daß die Bestimmungen des österreichischen Lebensmittelrechts eingehalten werden, jenes Lebensmittelrechts, das bekanntlich zum Schutze der Konsumenten sehr streng ist, zu dem wir österreichische Bauern uns auch voll bekennen, das ist gar keine Frage.

Wir bekennen uns auch dazu, daß Verstöße einzelner schwarzer Schafe streng geahndet werden — völlig in Ordnung! Nicht in Ordnung ist es aber, daß bei aller notwendigen Kontrolle der heimischen Produktion nichts oder fast nichts unternommen wird, was die Prüfung und Kontrolle der ins Land herein-kommenden Lebensmittelimporte betrifft. Das ist fast schon — ich weiß, was ich hier ausspreche — sträfliche Fahrlässigkeit nicht nur auf Kosten der österreichischen Erzeuger, deren Produkte oft durch qualitativ minderwertige und oft sogar gesundheitlich bedenkliche Dumpingwaren verdrängt werden, sondern Fahrlässigkeit auch auf Kosten der Gesundheit der österreichischen Konsumenten.

Lassen Sie es mich aussprechen: 34 Prozent der aus dem Ausland in den letzten zwei Jahren eingeführten Molkereiprodukte entsprechen laut den Prüfungsergebnissen nicht dem österreichischen Lebensmittelrecht. Ein klares Faktum!

Es gibt nur so gut wie keine Konsequenzen. Erst kürzlich hat der Verein für Konsumenteninformation in Tirol eine ganze Reihe importierter Schnittkäsesorten getestet und ist zu geradezu alarmierenden Ergebnissen gekommen. Sie können sie durchaus einsehen. Der größte Teil der Ware entspricht aufgrund der Verwendung verbotener Farbstoffe, verbotener Konservierungs- und Oberflächenbehandlungsmittel nicht den österreichischen Lebensmittelbestimmungen.

Alarmierend ist aber auch, was sich an der Ostgrenze unseres Landes tut, wo so gut wie unkontrolliert von Ungarn herauf im Rahmen der sogenannten grauen Importe im Koffer- und Käseraum beachtliche Mengen an Butter und Käse in das Land gelangen, und zwar beachtliche Mengen an minderwertiger und gesundheitlich bedenklicher Ware.

Ich sage das ganz bewußt und betont, weil ich den Beweis für diese Behauptung hier in meinen Händen halte, nämlich die amtlichen Untersuchungszeugnisse der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Graz. Es handelt sich um fünf Käseproben, Packungen,

die in Anwesenheit eines Notars, in Anwesenheit auch des steirischen Geschäftsführers des Landesvereines für Konsumenteninformation in fünf verschiedenen Orten bei fünf verschiedenen Kaufleuten gezogen worden sind, die in einer Kühlbox nach Graz gebracht und zweieinhalb Stunden später schon abgeliefert worden sind. Hier ist das notarielle Protokoll, in dem der Herr Notar Lorber minuziös, genau den ganzen Vorgang beschreibt. (*Redner weist ein Schriftstück vor.*) Hier sind diese amtlichen Untersuchungszeugnisse.

Hören Sie, meine Damen und Herren: Von diesen fünf Butterproben sind alle, sämtliche fünf nach dem österreichischen Lebensmittelrecht für den Verbrauch ungeeignet. Alle fünf werden als verdorben und vier davon aufgrund ihres erhöhten Wassergehaltes auch als verfälscht bezeichnet. Ich kann Ihnen die Untersuchungszeugnisse gerne zur Verfügung stellen.

Der Befund liest sich fast wie ein Lexikon der Bakteriologie, was darin so alles zu finden ist. Es tut mir leid, daß mein Kollege Dr. Stepantschitz heute nicht zur Stelle ist, er könnte uns einiges erklären, was diese einzelnen „Viecherln“ angeht: Proteolyten, Enterokokken, Staphylokokken, Enterobactericeae, coliforme Keime.

Ich bin kein Mediziner, aber so viel weiß ich: daß viele dieser Bakterien nicht in die Butter gehören, sondern in den Darm und daß viele davon Sepsiserreger et cetera, et cetera sind.

Meine Damen und Herren! Untersuchungen dieser Art vorzunehmen, dann auch öffentlich Aufklärung zu geben über solche Ergebnisse, das sollte eigentlich nicht Aufgabe privater Stellen sein, sondern das müßte die Aufgabe, ja ich würde sagen, die Pflicht des österreichischen Gesundheitsministers sein. Dazu, haben wir geglaubt, ist dieses Ministerium seinerzeit geschaffen worden. Ich muß sagen, daß wir mit großer Enttäuschung feststellen, daß weder vom bisherigen Gesundheitsminister noch vom neuen Minister Kreuzer irgendwelche Initiativen in dieser Richtung zu vermerken waren oder sind.

Seinen Beitrag zu den Absatzproblemen der Milchbauern und zur Milch- und Butterwerbung leistete der neue Minister Kreuzer in der Weise, daß er bei seiner ersten Pressekonferenz ganz „flott und locker, herab vom Hocker“ verkündete, daß die Bauern giftige — ich habe diesen Ausdruck selbst nicht

Haas

gehört —, aber zumindest, wie in der „Arbeiter-Zeitung“ nachzulesen war, „höchst ungesunde Massennahrungsmittel wie Butter“ erzeugen.

Ach, du heiliger Franziskus von Assisi, kann ich da nur sagen, „schau oba“ und erleuchte deinen Namensvetter, den Herrn Minister Franz Kreuzer!

Ich bin auch ein medizinischer Laie, genauso wie der Herr Bundesminister Kreuzer, und ich bin auch kein Ernährungswissenschaftler. Eben darum habe ich mich erst in den vergangenen Tagen mit einem sehr namhaften Mediziner in dieser Frage unterhalten, und der hat mir bestätigt, daß es kein einziges medizinisches Fachbuch gibt, in dem die Butter als ungesundes Nahrungsmittel bezeichnet wird. (*Bundesrat Köpf: Butter kann durch nichts ersetzt werden!*) Völlig richtig: Butter kann durch nichts ersetzt werden. Da sind wir einer Meinung, Herr Kollege Köpf. Endlich einmal!

Dieser prominente Mediziner hat mir auch gesagt, daß gerade in den letzten beiden Jahren die medizinische Forschung nach jahrelangem Streit über die Bewertung der Fette nachweisen konnte, daß die Fette im Blut in keinem direkten Zusammenhang mit Verkalzung und anderen Folgeerkrankungen stehen. Von einer Schädlichkeit der Butter zu sprechen, ist also blander Unsinn. Ich freue mich, daß Sie das so klar und eindeutig bestätigen, Herr Kollege.

Nur Herr Minister Kreuzer weiß es besser, er unterläuft und konterkariert damit praktisch die gesamte Milchwerbung, zu der uns Kollegin Konečny mit deutlichen Worten aufgefordert hat und für die wir Bauern uns jährlich viele Millionen Schilling von unserem Milchgeld abziehen lassen, weil wir der Meinung sind, daß es viel vernünftiger ist, im Inland Werbung zu machen, im Inland Aktionen zu setzen, als Millionen Schilling im Ausland, auf den Auslandsmärkten zu verpulvern.

Ich komme auf ein Wort des Altkanzlers Adenauer zu sprechen, der einmal erklärt hat: „Niemand kann mich daran hindern, von Tag zu Tag klüger zu werden.“ Wir hegen die Hoffnung, daß auch an Minister Kreuzer dieser Prozeß nicht spurlos vorübergehen wird, und hoffen doch sehr, daß er in Zukunft auf solche lockere Sprüche, die sich vielleicht im Fernsehen gut anhören, verzichtet und zu ein bißchen mehr Seriosität und ein bißchen mehr

Sachkenntnis in seinen Aussagen findet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jedenfalls erhoffen und erwarten wir doch sehr von unserem Umwelt- und Gesundheitsminister, daß er gerade in der Frage der Lebensmittelimporte seine ureigenste Aufgabe als österreichischer Gesundheitsminister zum Schutze der österreichischen Konsumenten und Produzenten ernster nehmen möge als bisher.

Wir erhoffen und erwarten aber auch von unserem Landwirtschaftsminister wie auch von Ihnen, Herr Staatssekretär — ich glaube, wir haben auch ein Recht, das vom Landwirtschaftsminister erwarten zu dürfen —, daß er sich für die Belange der Landwirtschaft voll engagiert, daß er sich als erstes vor allem einmal in Brüssel voll engagiert, um bessere Export- und Importbedingungen zu erreichen.

Zum Schluß wie das Amen im Gebet in einer jeden Rede eines Agrariers der Wunsch, daß doch bald die Tore geöffnet und die Wege freigemacht werden für die Möglichkeiten der so notwendigen Alternativproduktionen in unserem Land.

Wir österreichischen Bauern — lassen Sie mich das zum Schluß sagen — wollen und werden gerne unseren Beitrag zu einem besseren Funktionieren unserer Marktordnung leisten. Es geht dabei ja letzten Endes um unsere eigene Existenz. Wenn Sie in der Regierung das Ihre tun, so werden wir Bauern gerne das Unsere tun. (*Beifall bei der ÖVP.*) 13.07

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Bundesrat Wöginger. Ich erteile ihm dieses.

13.07

Bundesrat **Wöginger** (ÖVP, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Die heute zum Beschuß anstehende Novelle des Marktordnungsgesetzes beinhaltet einige wesentliche Punkte aus der Sicht eines Jungbauern, von denen ich doch in bezug auf die Milchproduktion glaube, daß Hoffnung spürbar ist.

Es ist nicht alles, was in der Novelle steht, Gold, und wir wissen sehr wohl, daß es eine Reihe von Problemen gibt, daß jedoch im großen und ganzen, auf den Sektor Milch beschränkt, damit doch die Möglichkeit geschaffen wird, wieder kurzfristig und auch mittelfristig gerade der Jugend in unserer Bauernschaft gewisse Hoffnungen dort zu machen, wo sie keine andere Wahl hat. Spe-

1555

19792

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Wöginger**

ziell sehe ich hier die Verbesserung der Einkommenssituation durch die Senkung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages auf 38 Groschen und ab 1. Juli voraussichtlich auf unter 25 Groschen.

Aber auch jene Jungbauern und vor allem Nebenerwerbsbauern, die derzeit zuwenig Kontingent haben, zum Beispiel aufgrund von zu kleinen Futterflächen, weil sie keine größere Landwirtschaft besitzen, können mit der neuen Ab-Hof-Regelung wieder in die Lage versetzt werden, neben ihrem Kontingent auch noch Einkommen dadurch zu erzielen, daß sie Milch an Konsumenten verkaufen, die sich im unmittelbaren Hofbereich befinden.

Eine andere Chance stellt die neu aufgelegte Rückkaufaktion dahin gehend dar, daß jenen Bauern, die in der Milchproduktion eine beengte Bühne vorfinden, der Umstieg auf Alternativen erleichtert wird. Gerade im Zuge einer Hofübernahme entschließen sich eben doch die Jungen sehr oft dazu, zu neuen Produktionsarten überzugehen.

Ich ersuche Sie, Herr Staatssekretär, dem heute durch Abwesenheit sich auszeichnenden Herrn Landwirtschaftsminister mitzuteilen, daß insbesondere die jungen Bauern in diesem Lande in der Frage der Alternativen noch im heurigen Jahr Veränderungen erwarten.

Es wurde ein ganz kleiner erster Schritt bereits in bezug auf die Eiweißpflanzenregelung gesetzt, die ein Versuch ist, jedoch noch lange nicht als gelungene Lösung bezeichnet werden kann. Ich glaube, es muß eine Anpassung an den Dollarkurs erfolgen. Dasselbe gilt heuer noch für die Ölsaaten, damit wir sie in ähnlichem Ausmaß unterbringen können, und vor allem auch für den Biosprit.

Meine geschätzten Damen und Herren! Es ist falsch, heute zu behaupten, daß sich Eiweißpflanzen-, Ölsaaten- und Biospritproduktion in Österreich nicht rechnen. Bei dem derzeitigen Dollarkurs ist das wirklich nicht richtig. Alle drei Produktionsarten rechnen sich derzeit in Österreich, und es ist nur vom Wollen oder Nichtwollen des Herrn Ministers abhängig, ob wir in diese Produktion einsteigen zum Wohle der gesamten Bauernschaft und letzten Endes zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft.

Ein anderer wichtiger Punkt in dieser Novelle ist die Tatsache, daß wir endlich die Handelbarkeit der Richtmengen bekommen haben. Ich glaube, daß damit der Interessen-

konflikt bereinigt werden kann, daß es sehr viele junge Bauern oder auch Nebenerwerbsbauern gibt, die in Ungunstlagen zu Hause sind, wo sie nur Milch produzieren können, in Berggebieten, die aufgrund ihrer geringen Flächen, ihrer geringen Hektargröße nicht mehr Kontingent hatten. Sie können sich jetzt mehr Kontingent kaufen, der Junge kann dementsprechend planen und somit auch seinen Betrieb darauf ausrichten, daß er in den nächsten Jahrzehnten Milch produziert. So gesehen, ist diese Möglichkeit auch ein Beitrag zur Gewährleistung des Landschaftsschutzes auf billigste Art und Weise durch die Erhaltung unserer Bergbauern.

Auch die freiwillige Richtmengenstillegung für zwei Jahre halte ich für gut, denn gerade beim Übergeben ist es sehr oft der Fall, daß der Junge etwas anderes will als der Vater und die Mutter. Vielleicht geht er noch ein paar Jahre nebenbei woanders arbeiten, sich das Geld zu verdienen, um dann die Produktionssparte oder -art, die er sich vorstellt, in Angriff nehmen zu können. Da könnten Tiere, die Milchviehhaltung belasten, und daher finde ich diese Regelung sehr vernünftig.

Einen Appell möchte ich auch an die Jungbauern richten, daß sie von dieser Partnerschaftsregelung Gebrauch machen. Sie ist einer jener wenigen Punkte, die völlig unverändert in der neuen Novelle wiederum vorzufinden sind.

Ein Wermutstropfen bedrückt mich schon, das sind die Nebenerwerbsbauern, das sind die Neubeginner. Herr Staatssekretär! Wir waren da einige Male in Gesprächen zusammen und haben das diskutiert.

Derzeit gibt es ein Existenzverbot für Neubeginner, die Milchbauern sind. Wir haben zwar ein Gesetz, das jedoch nicht anwendbar ist, denn wenn ich nichts habe, kann ich auch nichts hergeben. Wie es jetzt aussieht: die Rückkaufaktion, dann der Verkauf der Kontingente über den Milchwirtschaftsfonds und die Handelbarkeit, wird wahrscheinlich auch nichts frei werden. Daher muß einer, der neu beginnt, vom ersten Kilogramm an sich alles erkaufen, und das mag für den einen oder anderen wirklich ein Problem darstellen, noch dazu, wo ja bis dato die Übergangsbestimmungen für Neubeginner nicht sehr gut waren; sie wurden aber jetzt geregelt.

Ein abschließendes Wort noch zur Situation der Nebenerwerbsbauern und zur allgemeinen agrarpolitischen Situation wiederum aus der Sicht der Jugend.

**Wöginger**

Ziel einer sinnvollen Agrarpolitik muß es sein, die Österreicher zu ernähren, das Einkommen der Bauern gleichzustellen jenem der übrigen Bevölkerungsgruppen, es diesen Gruppen anzupassen, den bäuerlichen Familienbetrieb in seiner Existenz zu erhalten. Es muß verhindert werden — das wird derzeit leider Gottes nicht gemacht —, daß Jahr für Jahr, weil immer mehr Bauern immer weniger Einkommen erwirtschaften, viele, viele Bauern von ihren Höfen weggehen, daß wir sie aufgrund der schlechten Einkommenslage zwingen, Nebenerwerbsbauern zu werden, die wiederum den gesamten Arbeitsmarkt belasten und damit eine große Problematik, die wir ja kennen, hervorrufen.

Ich glaube, im Interesse der gesamten Bevölkerung dieses Landes muß es Ziel aller sein, egal, in welchen politischen Gruppierungen sie stehen, daß wir die Einkommenslage der Bauernschaft durch eine gute Politik, die derzeit nicht gegeben ist, weil der Minister seit fünfzehn Jahren versagt, so gestalten, daß die Bauern nicht genötigt werden, von ihren Höfen zu gehen oder einem Nebenerwerb nachzugehen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Bundesrat Köpf: Und wie wollen Sie das erreichen? Machen Sie uns als Jungbauer einen Vorschlag!*)

Meine geschätzten Damen und Herren! Sie hätten 15 Jahre Zeit gehabt, in dieser Frage tätig zu werden. Wir haben genug Vorschläge gemacht. Wir haben genug Ideen gehabt.

Es geht nur darum, daß diese Regierung nicht bereit ist, der Bauernschaft jenen Stellenwert zukommen zu lassen, den sie verdient. Wir werden dafür sorgen, wenn wir die Verantwortung in diesem Lande tragen werden, daß in den nächsten Jahren durch eine bessere Agrarpolitik den Nebenerwerbsbauern geholfen wird.

Alles in allem werden wir als ÖVP dieser Novelle die Zustimmung erteilen. Danke. (*Beifall beider ÖVP.*) <sup>13.17</sup>

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Ing. Maderthaner. Ich erteile ihm dieses.

<sup>13.17</sup>

Bundesrat Ing. Maderthaner (ÖVP, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die vorliegende Marktordnungsgesetz-Novelle in direkter Verbbindung mit der Einkommenssituation der Bauern zu sehen ist, erlaube ich mir, diese Situation und die Zusammenhänge der Landwirtschaft mit der

übrigen Wirtschaft etwas näher zu beleuchten.

Die Landwirtschaft als Investor ist für die österreichische Wirtschaft und damit für die Arbeitsplatzsicherung natürlich von ganz wesentlicher Bedeutung. Es ist daher nicht nur wichtig, daß die Landwirtschaft die Ernährung der Bevölkerung sicherstellt, sondern es ist für die gesamte Volkswirtschaft eine der wesentlichsten Fragen, wie sich die Ertrags- und Einkommenssituation der Landwirtschaft insgesamt entwickelt, um diese weiterhin als Investitionspartner und Investitionsträger für den gesamten Bereich der landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräteindustrie, aber auch für viele andere Wirtschaftszweige zu erhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hier muß bereits die Kritik einsetzen. Die Einkommenssituation der österreichischen Bauern entwickelt sich nämlich genau in die Gegenrichtung. Das heißt, die Bauern verdienen immer weniger und können als Folge daraus anteilmäßig natürlich immer weniger Geld der Investition zuführen. (*Bundesrat Schipani: Das stimmt nicht!*) Darüber gibt es Zahlen, Herr Kollege. — Es sei denn, sie nehmen in vermehrtem Maß Fremdmittel zur Finanzierung in Anspruch, was natürlich ihren Ertrag zusätzlich schmälert. Auch dort gibt es besorgniserregende Entwicklungen, nur dürfen wir die Augen davor nicht verschließen.

Gleichzeitig werden landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wie alle übrigen Erzeugnisse ständig teurer, während die Produkte der Landwirtschaft teilweise gleich viel kosten oder zum Teil sogar noch billiger geworden sind. Dazu gibt es sicherlich umfangreiches Zahlenmaterial, das diese Feststellungen untermauert.

Auch der Vergleich zwischen Verbrauch und Gesamteinkommen je Betrieb bringt praktisch dasselbe Bild. Das Einkommen — Sie können dies im Grünen Bericht nachlesen — ist zwischen 1970 und 1984 um etwa das Dreifache, der Verbrauch im selben Zeitraum aber um das Vierfache angestiegen. Also sicherlich keine positive Entwicklung.

Ich darf mir auch die Bemerkung erlauben, daß sich das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung in diesem Zeitraum, nämlich von 1970 bis 1984, ungefähr verzwölffacht haben, während das Landwirtschaftsbudget etwa halbiert wurde. Auch das, glaube ich, muß man einmal ganz klar und deutlich anmerken.

19794

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

Ing. Maderthaner

(*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Waren Sie in einem Gruselfilm, oder was haben Sie sich angeschaut?*) Herr Kollege, jeder kann sich darauf selbst seinen Reim machen. (*Bundesrat Schipani: Klar! Aber wenn Sie auf Ernsthaftigkeit Wert legen, werden Sie etwas anderes sagen müssen!*)

Lieber Herr Kollege! Sie brauchen nur den Grünen Bericht herzunehmen, den können Sie genauso nachlesen wie ich.

Dies alles führt insgesamt zu einer Diskrepanz zwischen Kosten und Einkommen, die wahrlich nicht dazu angetan ist, bei gleichbleibender Entwicklung die Landwirtschaft auch in Zukunft als dringend notwendigen Investitionspartner zu erhalten.

Ich möchte hier ein spezielles Beispiel nennen. Die Landwirtschaft ist sicherlich einer der wesentlichsten Arbeitsplatzhalter in der heimischen Traktorindustrie. Wenn man mit den Bauern spricht, so hört man auch immer wieder, daß sie gerne zum Beispiel einen Steyr-Traktor kaufen würden, weil es eben ein österreichischer Traktor ist und weil die Ersatzteilbeschaffung relativ problemlos ist, daß es ihnen aber zusehends schwerer fällt, für die heimischen Traktoren bei der Anschaffung sehr viel mehr Geld auszugeben als für ausländische Typen. Das ist eine Tatsache. Das Zunehmen der Zahl der ausländischen Traktormarken in der Landwirtschaft kann sicherlich nicht damit abgetan werden, daß die Bauern weniger Österreichbewußtsein hätten, sondern ergibt sich daraus, daß sich die Bauern nach der Decke strecken müssen und die vorhandenen Mittel, die leider aufgrund der verfehlten Landwirtschaftspolitik immer geringer werden, optimal und ökonomisch eingesetzt werden müssen.

Wenn die Bauern heute nicht genauso streng kalkulieren wie jeder Klein- und Mittelbetrieb, so laufen sie ebenfalls Gefahr, Haus und Hof zu verlieren, wobei ihnen, wenn es dazu kommt, praktisch niemand hilft. Es ergeht ihnen genauso wie jedem Privatbetrieb. (*Bundesrat Schipani: Das war immer schon so!*)

Ja, daher ist eben die Einkommenssituation so wesentlich, Herr Kollege. Diese ist schlechter geworden. Darauf können wir noch so lange reden, Sie werden das nicht wiediskutieren können. (*Bundesrat Schipani: Das stimmt nicht! — Weitere Zwischenrufe.*) Darauf kommen wir auch noch zu reden, Herr Kollege. Lassen Sie sich nur ein bissel Zeit.

Um dieser besorgniserregenden Entwicklung auf der Einkommenseite auszuweichen, können viele Bauern fremde Arbeitskräfte oder Familienangehörige, obwohl sie sie brauchen würden, nicht mehr beschäftigen, und es sind selbst die Betriebsinhaber gezwungen — worauf schon mein Vorredner hingewiesen hat —, einem Zu- oder Nebenerwerb nachzugehen.

Zwischen 1970 und 1984, meine Damen und Herren, sind 178 000 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verlorengegangen; das heißt, 1970 waren es noch 454 000, während es im Jahre 1984 nur mehr 276 000 Menschen waren, die in der Landwirtschaft tätig sind. (*Bundesrat Schipani: Das ist eine Frage der Mechanisierung!*) Ja, sicher Rationalisierung, da ist aber nur ein Teil des Arbeitskräftechwundes zu finden. Aber die Arbeitszeiten derjenigen, die in der Landwirtschaft heute tätig sind, sind sicherlich nicht kürzer geworden, sondern länger, weil sie sich eben diese Arbeitskräfte, die sie früher im vermehrten Maß gebraucht haben — die sie auch heute noch, zumindest ein paar, brauchen würden —, einfach nicht leisten können.

Dieser Arbeitskräftechwund in der Landwirtschaft führt natürlich zu einer Belastung des übrigen Arbeitsmarktes — auch darüber müssen wird uns im klaren sein —, der durch den Zu- und Nebenerwerb des Betriebsinhabers selber weiter belastet wird.

Es wäre also für die Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung, wenn die Ertragssituation in der Landwirtschaft wieder so gestaltet werden könnte, daß es die Betriebsinhaber ab einer gewissen Hofgröße nicht notwendig hätten, einem Zu- oder Nebenerwerb nachzugehen.

Es wäre auch für jene Bauern, Herr Kollege, die das tun müssen, nämlich dem Zu- und Nebenerwerb nachzugehen, eine ganz wesentliche Belastungsminderung, denn durch diesen Zu- und Nebenerwerb kommen diese Menschen im Sommer oder im Herbst auf Arbeitszeiten von etwa 14 bis 15 Stunden pro Tag. Es ist sicherlich, möchte ich sagen, nicht jedermann Sache, das zu tun. Auch das muß man hier deutlich anmerken. (*Bundesrat Schipani: Die haben eben eine geringere Jahresarbeitszeit, denn im Winter ist halt weniger zu tun!*) Herr Kollege, es ist im Winter weniger, aber es wiegt sicherlich diese Mehrbelastung nicht auf, darüber sind wir uns auch im klaren. Ich habe ausdrücklich, wie gesagt, vom Sommer und vom Herbst gesprochen. (*Bundesrat Schipani: Wer*

**Ing. Maderthaner**

*eben vom Herrgott abhängig ist...!) Im Frühjahr werden sie noch immer mehr arbeiten als acht Stunden pro Tag, im Winter sind es vielleicht ein bissel weniger. Aber insgesamt kommt hier im Jahresdurchschnitt eine Arbeitsbelastung von sicher 10 bis 12 Stunden pro Tag heraus. (Bundesrat Schipani: Da gibt es einige Berufsgruppen!)*

Es ist daher dringender denn je notwendig, die Einkommenssituation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft wieder in eine positive Richtung zu bringen. Dies gelingt sicherlich nur, wie in einem bereits gemachten Vorschlag meiner Vorredner festgestellt wurde, durch Belastungsstopp und nur durch die Aufnahme von Alternativproduktionen. Und auch darauf wurde schon hingewiesen. Ich möchte das aber auch wieder tun, weil das einfach so wichtig ist. (Bundesrat Mohnl: Wer hindert die Bauern an einer Alternativproduktion?)

Aber, Herr Kollege, dafür müßten auch einmal die Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen geschaffen werden, das wissen Sie genauso, wie wir das wissen. Das ist Polemik, was Sie hier betreiben! Sie können sich dann zu Wort melden, können hier vielleicht ein Aufklärungsreferat halten. (Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Mohnl: Wer hindert wirklich die Bauern an einer Alternativproduktion? — Weitere Zwischenrufe.)

**Vorsitzender:** Bitte, keine Querdebatte. Am Wort ist Bundesrat Maderthaner.

**Bundesrat Ing. Maderthaner (fortsetzend):** Ich möchte sagen: Auch hier, genauso wie bei den fehlenden EWG-Abkommen, meine Damen und Herren, wo weder im Käse- noch im Fleischexport die notwendigen Schritte mit Nachdruck gesetzt worden sind, sind keine befriedigenden Lösungen gefunden worden. Das muß man ebenfalls klar anmerken! (Bundesrat Schipani: Es gibt keine Einbahnstraße, Herr Kollege! — Beifall bei der ÖVP.)

Hier muß auch die nächste Kritik einsetzen, die sich natürlich gegen die Regierung und vor allem gegen den Landwirtschaftsminister richtet, den ich heute auch sehr vermisste, der ja auch hier sein könnte, wenn es um eine so wesentliche Materie geht. Es ist nämlich in den letzten Jahren in der Richtung nicht nur nichts geschehen... (Bundesrat Schipani: Sie wissen bis fünf Minuten vor der Sitzung nicht, was Sie wollen, wie es gestern bei der Nationalratssitzung erkennbar war!) Herr Kollege, Sie können sich auch zu Wort melden, das ist gar kein Problem.

Jeder hat das Rederecht in diesem Raum. (Weitere Zwischenrufe.)

Ich möchte nochmals sagen: Es ist in Sachen Alternativproduktion und in anderen Dingen hinsichtlich der EWG-Abkommen nicht nur nichts geschehen oder zuwenig geschehen in den letzten Jahren, sondern es sind auch im Budget 1986 gar keine Vorsorgen getroffen hinsichtlich der Weichenstellung für eine Alternativproduktion und damit einer Änderung der Einkommenssituation. Oder wollen Sie das bestreiten? Es wurde überhaupt keine Vorsorge getroffen, und das ist die Tatsache!

Obwohl sich die Budgetschuld wesentlich erhöht hat, wurde der Budgetposten für die Beratungstätigkeit im landwirtschaftlichen Bereich, die ja gerade auch Voraussetzung für eine Alternativproduktion wäre, überhaupt herausgestrichen. Das ist die Realität! (Bundesrat Schipani: Jede andere Kammer bezahlt sich das selbst! Die Landwirtschaftskammern bekommen das Geld von den Ländern! Die hatten zu bezahlen!)

Herr Kollege! Sie klagen immer über die Subventionen für die Landwirtschaft, die aber nie weniger werden können, wenn wir einerseits den Bauernstand erhalten wollen und erhalten müssen (Bundesrat Schipani: Wir bekennen uns dazu!), wenn wir andererseits aber nichts tun, um Alternativproduktionen zu fördern. Hier umdenken und handeln ist ein Gebot der Stunde!

Wir sollten nämlich auf Sicht — auf Sicht, meine Damen und Herren! — nur jene Güter subventionieren, die wir brauchen, und nicht jene, die wir nicht brauchen oder im Überfluß schon produzieren. Aber dazu gehört eben, daß die Weichenstellung auch für die Alternativproduktion tatsächlich erfolgt. Darüber wurde schon lange genug geredet, nur geschehen ist nichts. (Bundesrat Schipani: Sie vergessen einige Abkommen, die zu berücksichtigen sind!) Ja, aber dann sollten wir uns anstrengen, etwas zu tun, Herr Kollege, und nicht einfach durch Abwesenheit glänzen und sozusagen die Dinge immer laufen lassen. (Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Da haben ja Ihre Vertreter zugesagt!)

Ich möchte jedenfalls eines abschließend sagen, meine Damen und Herren: Die Wirtschaft, und zwar Arbeitgeber und Arbeitnehmer, braucht die Landwirtschaft als Auftraggeber nach wie vor sowohl im Produktionsbereich, im Handel als auch im Gewerbe und im

19796

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Ing. Maderthaner**

Reparaturbereich. Wir sind an einer gesunden Landwirtschaft natürlich interessiert. Das sollte aber auch für die Regierung gelten, und daher sollte sie geeignete und zukunftsorientierte Wege gehen. (*Beifall bei der ÖVP.*) *13.30*

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. Eder. Ich erteile ihm dieses.

*13.30*

Bundesrat Ing. Eder (ÖVP, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht doch, Herr Kollege Mohnl, eine kleine Bemerkung zu Ihrer sehr laut vorgebrachten Meinung, wer die Landwirtschaft hindere, auf Alternativproduktion überzugehen.

Ich würde eine Gegenfrage stellen: Wer hindert die VOEST daran, Ritterrüstungen herzustellen? Wer hindert die Textilwirtschaft daran, Reifröcke herzustellen? (*Ruf bei der SPÖ: Niemand, Herr Kollege!*) Sie haben schon die Antwort jetzt selber gegeben: Es werden deswegen keine Ritterrüstungen hergestellt, weil es keinen Käufer dafür gibt oder weil es unproduktiv wäre für das Unternehmen.

So können Sie es auch der Landwirtschaft nicht zumuten, eine Produktion zu forcieren, die nicht kostendeckend ist. Darüber gibt es keinen Zweifel. Ich würde Sie bitten, den Herrn Staatssekretär oder Ihren Minister zu fragen. Dieser wird Ihnen eingehend erörtern, daß auch die Landwirtschaft kostendeckende Preise braucht, sonst kann man bekanntlich nicht leben. Das also ganz kurz darauf gesagt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Und nun zur Marktordnungsgesetz-Novelle. Hier könnte man annehmen, nachdem es 18 Verhandlungsrunden gegeben hat, daß eigentlich alles, was in irgendeiner Form offen war, geklärt wurde. Es ist nur ein Teil geklärt worden. Ich möchte das nun nicht als Kritik anbringen, aber grundsätzlich feststellen, daß man wohl einen tragbaren oder noch tragbaren Kompromiß zustande gebracht hat. Das ist von den Vorrednern heute schon ausgeführt worden, ich möchte dem also nichts mehr hinzufügen.

Ich möchte mich jetzt nur mit jenen Fragen befassen, die nicht geklärt wurden und die also anstehen, so hoffe ich, bei der nächsten Verhandlungsrunde doch eingehender bera-

ten zu werden. (*Bundesrat Schipani: Bis 1988 wird es noch etliche geben müssen!*) Ich glaube, da wird es noch ein paar geben, sehr richtig, wir sind hier einer Meinung.

Was ist das? Es ist heute schon von einem Vorredner, ich glaube, vom Herrn Kollegen Haas gesagt worden, die Importproblematik von ausländischen Molkereiprodukten.

Er hat ganz richtig gesagt, daß leider der Import ausländischer Molkereiprodukte beachtlich zunimmt — er ist liberalisiert, das wissen wir —, aber man könnte ihn beachtlich eindämmen, wenn man die gleichen lebensmittelrechtlichen Bestimmungen, die für die eigenen Produkte gelten, anwenden würde. Ein Vielfaches an Beanstandungen im Vergleich zu den eigenen Produkten kann man immer wieder feststellen.

Herr Staatssekretär! Ich meine, hier müßte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine Importkontrollverordnung erlassen, das ist möglich, dann könnte man hier entsprechend mehr und strenger durchgreifen. Wenn ich das sage, sage ich das nicht nur im Interesse der Molkereiwirtschaft, sondern auch im Interesse des österreichischen Konsumenten. Denn der österreichische Konsument hat absolut ein Recht darauf, daß die importierten Waren qualitätsmäßig gleich gut sind wie jene, die wir selber in Österreich herstellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum zweiten: Man müßte ein bissel aufmerksamer sein, ob die Tarifierung der Importwaren dem Zoll gemäß entsprechend durchgeführt wird. Man kommt immer wieder drauf, daß das leider nicht der Fall ist, und daher rutschen immer wieder Waren durch. (*Bundesrat Schipani: Wer sind denn die Importeure, Herr Kollege?*) Das hat mit den Importeuren nichts zu tun. Nein, bitte, nein! Nein, das hat mit den Importeuren überhaupt nichts zu tun, sondern das ist rein eine zollbehördliche Maßnahme, bei der überlegt werden muß, in welche Zollbestimmung die eine oder andere Ware hineingehört. Auch das muß man einmal ganz klar und deutlich sagen.

Das Quotenübereinkommen — auch das hat Kollege Haas schon gesagt — müßte zeitgerecht verlängert werden, denn das Quotenübereinkommen Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaft ist ja nur auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen worden. Daher würde ich im Interesse aller ersuchen, zeitgerecht in neue Verhandlungen einzutreten, damit es dann nicht wieder unter Zeitdruck

**Ing. Eder**

schwierig ist, all das hineinzubringen, was unbedingt notwendig ist.

Vor allen Dingen müßten wir verlangen, daß die sogenannten Wasserkäsesorten, die jetzt außerhalb dieser Quotenregelung liegen, entsprechend eingebunden werden. Das ist der eine Import.

Der zweite Import, der uns zu schaffen macht, ist der, der sozusagen schwarz über die Grenze kommt. Ich habe mir von einem Bekannten sagen lassen, der nach Ungarn mitgefahren ist, wie denn das dort mit den Qualitätsbestimmungen ist. Dieser erzählte — und jeder von Ihnen kann es nachkontrollieren, ich brauche es ja nicht zu verteidigen —, daß etwa bei Milchsammelstellen die Milch durch ein Leinentuch durchgesiebt wird, eine Maßnahme, die bei uns vor Jahrzehnten oder nach dem Krieg vielleicht einmal angewendet wurde. Wenn Sie das bei uns heute machen, werden Sie morgen eingesperrt, aber dort ist es gang und gäbe. Daraus können Sie den Schluß ziehen, wie die Qualität dieser schwarz importierten ungarischen Produkte aussieht. Ich meine daher, auch hier müßte man doch einen entsprechenden Schritt setzen, um das einzudämmen.

Ich habe mir auch sagen lassen, wenn etwa die Autobusse von Österreich nach Ungarn fahren, werden sie beim Hineinfahren nach Ungarn von den ungarischen Zöllnern strengstens kontrolliert, ob nicht irgend etwas mitgenommen wird, was nicht hinein soll. Wenn sie dann von Ungarn herauf fahren, schauen sie unsere Zöllner praktisch gar nicht an oder halt nur so oberflächlich. Ich meine, hier müßte man doch im Interesse der österreichischen Wirtschaft, im Interesse der österreichischen Konsumenten echte Maßnahmen setzen. (*Bundesrat Schipani: Das ist eine Beamtenbeleidigung!*) Das ist das eine Kapitel, das ich hier anschneiden wollte.

Das zweite, was bei der Marktordnung nicht behandelt wurde, ist die Überlegung gewesen, daß die Molkereiwirtschaft mehr privates Management walten lassen, mehr freie kaufmännische Überlegungen anstellen kann. Ich darf das vielleicht in wenigen Sätzen ausführen.

Im Milchwirtschaftsfonds, der die Marktordnung zu exekutieren hat, sitzen die vier Sozialpartner. Das ist eine absolut gute Einrichtung, dagegen ist im Grundsätzlichen gar nichts einzuwenden. (*Bundesrat Schipani: Aber die Geschäftsführer!*) Die Geschäftsführer sind auch in Ordnung, glaube ich.

Nur im Grundsätzlichen ist es richtig, aber im Detail muß man in letzter Zeit leider sagen, daß manche Maßnahmen, die gesetzt werden, behindernd, echt bevormundend für die Molkereibetriebe sind, die verteuert wirken und die das Anpassen an die Marktsituation beileibe nicht fördern.

Ich glaube, die Grundtendenz müßte sein, daß man den Molkereibetrieben echtes freies kaufmännisches Denken zugestehen sollte. Das ist möglich. (*Bundesrat Schipani: Genossenschaften!*) Ob Genossenschaft oder Gewerbebetrieb, das ist in diesem Fall ganz gleich. Noch einmal sage ich dazu: Die Grundtendenz der Marktordnung kann schon bleiben. Was ist das?

Die Übernahmsverpflichtung der Milch. Und jetzt sagen Sie nicht dazu, das wäre ein Freibrief für die Bauern. Das ist nämlich gar kein Freibrief, der Bauer hat ja eine Richtmenge, er darf ja über die Richtmenge sowieso nicht hinaus. Also Übernahmsverpflichtung. (*Bundesrat Schipani: Er darf sie nicht einmal selber trinken!*)

Zweitens: Der Transportausgleich muß bleiben, sonst geht der Bergbauer zugrunde, der hätte die größten Schwierigkeiten. Ich glaube, da sind wir uns auch einig!

Dann muß der Ausgleich der Verarbeitungskosten selbstverständlich bleiben. Es ist nämlich nicht gleich, ob ich von der angelieferten Milch jetzt Frischmilch abpacke, ob ich daraus Butter oder Käse herstelle; es erwachsen den Molkereibetrieben verschieden hohe Kosten. Diese müssen natürlich durch ein System ausgeglichen werden, völlig richtig, das soll auch bleiben.

Die Einzugs- und Versorgungsgebiete halte ich ebenfalls für sehr sinnvoll, und sie sollen einer Arrondierung unterzogen werden. Man würde sich Kosten bei der Anfuhr und auch bei der Vermarktung ersparen.

Also Arrondierung der Einzugs- und Versorgungsgebiete, aber im Prinzip sollen sie bestehen bleiben.

Selbstverständlich: Die Qualitätsförderung ist Aufgabe des Fonds. (*Bundesrat Schipani: Also zu viele Molkereien haben wir noch!*)

Diese Grundzüge sind absolut voll zu vertreten, und es soll auch weiterhin so bleiben. Kaufmännische Initiativen bei den Molkereibetrieben gehören gefördert!

19798

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

Ing. Eder

Und wie könnte man das? Es hat von uns eine ganze Reihe von Vorschlägen gegeben. Es würde meiner Meinung nach den Einflußbereich der Fondsorgane nicht beeinträchtigen, wenn man bereit wäre, bei der Abrechnung sogenannte Groschensätze einzuführen.

Jeder Betrieb muß dann selber überlegen, kaufmännisch überlegen, ob es klug ist, die eine oder die andere Maschine anzuschaffen, da er ja nur je Einheit, die durchläuft, einen gewissen Groschensatz hat, wird er genau nachdenken müssen, ob er die Maschine kaufen soll oder nicht. (*Bundesrat Schipani: Darum brauchen sie soviel Milch jetzt!*) Sie machen einen Witz darüber, Herr Schipani, oder verstehen Sie es nicht.

Jetzt, bitte, ist es so, daß die Maschine auf Antrag genehmigt wird, in der vollen Abrechnung drinnen ist, unbeschadet, ob sie ausgelastet oder nicht ausgelastet ist. Das hat zur Folge, daß in Summe eine Verteuerung eintritt.

Im Prinzip wäre das so einfach. Man müßte nur wollen. Vielleicht ist eines damit verbunden: Parteipolitischer Einfluß würde von vornherein ausgeschaltet werden. Da können Sie jetzt schwarzen oder roten nennen, wenn Sie wollen. Der politische Einfluß wäre ausgeschaltet, weil nur das kaufmännische Denken allein im Vordergrund stünde. Ich glaube, dafür müßten auch Sie sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Disposition des Milchwirtschaftsfonds, die bestimmt, wohin die Milch gehen soll, sollte auch überdacht werden, ist verlangt worden. Dazu ist es aber nicht gekommen. Darf ich dazu zwei Sätze sagen.

Wir akzeptieren, daß der Milchwirtschaftsfonds die Vollversorgung der Städte und natürlich auch jene auf dem Land draußen im Auge behält. Völlig richtig! Aber es kann und soll bitte nicht so sein, daß die Milch von dort, wo sie erzeugt wird, von den Betrieben, weggenommen wird, in andere Betriebe disponiert wird, die meistens in der Stadt sind, die dann die Be- und Verarbeitung durchführen. Das hat nämlich zur Folge, daß man manchmal Wasser transportiert — bei Buttererzeugung oder dergleichen — und, wenn es um Milch geht, eine zweite Pasteurisierungsphase notwendig ist und die Milch 24 Stunden älter wird, bevor sie zum Konsumenten kommt. Würde man das also draußen belassen, würde das schneller gehen und nur eine Pasteurisierungsphase notwendig sein. Also auch von der Kosten- und Qualitätsseite her

würde das einen echten Vorteil bringen. Ein Vorschlag von uns, der leider bis zur Stunde nicht berücksichtigt worden ist.

Ein alter kaufmännischer Grundsatz, den wir in der Schule gelernt haben: Eine Produktion muß man dort machen, wo der Rohstoff ist, soll man dort machen, wo die Arbeitskräfte sind, träfe draußen zu und weniger in der Großstadt, Ausgleichsfunktionen selbstverständlich ausgenommen. (*Bundesrat Schipani: Herr Kollege, ich habe Sie aber auch schon einmal anders reden gehört!*) Nein, mich nicht, bestimmt nicht! Da verwechseln Sie jetzt Wecken mit Semmeln!

Und das nächste, was wir ebenfalls bereits des öfteren vorgeschlagen haben, betrifft die Herstellung von neuen Produkten. Wenn Sie den Schweizer Milchwirtschaftlern erzählen, wie schwierig es ist, in Österreich ein neues Molkereiprodukt, ein Verkaufsprodukt auf den Markt zu bringen, dann können Sie nur ein Lächeln ernten. Denn in der Schweiz ist es üblich, daß jeder Molkereibetrieb, wenn er meint, ein neues Produkt auf den Markt bringen zu müssen, dies tun kann, wenn dieses den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen entspricht. Bei uns in Österreich müssen Sie ein langwieriges Verfahren einleiten, das oft ein halbes, Dreivierteljahr dauert, und dann ist dem Betroffenen womöglich die Lust vergangen, und natürlich ist das auch mit Kosten verbunden.

Der nächste Punkt, der nicht behandelt wurde, ist die Preispolitik. Herr Kollege Schipani! Sie sind ja bei Preisen immer bestens versiert, zumindest sagen Sie es immer so. Darf ich Sie bitten, folgendes zu berücksichtigen: Man wirft der österreichischen Molkereiwirtschaft vor, daß sie zu teuer wäre. Das hängt natürlich mit der Betriebsgröße der Bauern zusammen, weil wir eine kleinere Struktur haben als die Europäische Gemeinschaft. Darüber sind wir uns einig. Es hängt aber mit noch etwas zusammen, nämlich daß sogenannte exogene Bestandteile der Preisbildung bei uns eingerechnet werden, die in der EG außerhalb stehen. Ich sage Ihnen gleich, was das ist.

Alle Lagerkosten, die in der Gemeinschaft anfallen, werden, außerhalb der Milch, vom Staat getragen, in Österreich, bitte, nicht! In Österreich fallen die Lagerkosten in voller Kalkulationsgröße für den Konsumenten an. Also ein Faktor, der uns angelastet wird.

Oder, alle Werbungskosten muß in Österreich die Molkereiwirtschaft, die Milchwirt-

Ing. Eder

schaft selber tragen, das ist ein Kostenfaktor. In der Gemeinschaft ist das außerhalb. Alle Qualitätsbestimmungskosten sind in der EWG außerhalb der Milchwirtschaft, bei uns in der Kalkulation drinnen.

Die sogenannten § 3-Preise — das sagt nur für den Insider etwas aus, ich erkläre es ganz kurz. Wenn Sie heute einen Liter Milch in Österreich kaufen, dann müssen Sie vorerst als Konsument einmal 50 Groschen — inzwischen ist es reduziert worden auf 30 Groschen — mitbezahlen, und diese 30 Groschen dienen laut § 3 des Marktordnungsgesetzes dazu, um anderweitig Verbilligungen, die es dort und da wieder gibt, zu finanzieren. Also eine unehrliche Erhöhung der Kosten für die Trinkmilch. Das muß man doch, bitte, sagen. Das ist anderweitig auch nicht der Fall.

Die AFM-Mittel — eine Parallele zu § 3 — sind ebenfalls eine Belastung, die verteuert wirkt.

Und was besonders ins Gewicht fällt: In der Schweiz gibt es für den Konsumenten bei der Trinkmilch keine Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer allein macht bei der Trinkmilch bei uns über einen Schilling aus.

Wenn Sie also diese exogenen Kostenfaktoren wegnehmen würden, dann wäre der Vergleich viel gerechter, viel ehrlicher und würde auch eine Reduzierung des Konsumentenpreises zur Folge haben. Das sollte man doch auch überlegen.

Und ein vorletztes — ich komme dann schon zum Schluß —, was ebenfalls nicht ganz berücksichtigt wurde, zumindest nur zum Teil. Ich würde bitten, Herr Staatssekretär, das vielleicht doch noch einmal — ich glaube, das ist ja auch außerhalb des Gesetzes möglich — zu überprüfen: Wir haben dagegen gar nichts einzuwenden und sind im Prinzip dafür, wenn es Inlandsverbilligungsaktionen gibt, wo der Erfolg dieser Aktion den österreichischen Konsumenten zugute kommt. Es gab aber in letzter Zeit zum Beispiel eine Aktion, wo wir alle, die aus der Milchwirtschaft kommen, glauben, daß der Konsument eigentlich gar nichts davon hat, es wohl aber den Bauern und zum Teil auch den Staat Geld kostet, nämlich die Industriebutteraktion. Fachleute sagen, die Industriebutteraktion werde im besten Falle einen 20prozentigen Mehrabsatz zur Folge haben. Was bedeutet dies?

Industriebutter wird um 30 S je Kilogramm verbilligt. Wenn Sie nur einen 20prozentigen Mehrabsatz hat, kostet die Verbilligung je

Kilo Mehrabsatz — fünfmal 30 S — 150 S, also mehr als das Doppelte von dem, wenn man diese Menge exportieren würde.

Das Entscheidende ist nicht, daß wir lieber das Geld ins Ausland stecken, aber: Es kommt nämlich dem Konsumenten nicht zugute. Den Vorteil hat der Hersteller dieser Waren, der die verbilligte Butter verwendet. Wenn wir es dem zugestehen wollen, okay! Aber wenn es der Landwirt bezahlen muß, auch der Staat die andere Hälfte, dann sehen wir nicht ganz ein, daß damit eine kleine Gruppe vielleicht beachtlich mehr verdient, um es einfach zu sagen. (*Bundesrat Schipani: Da werden die Vertreter der Bundeswirtschaftskammer schon schwitzen!*)

Ich sage ja, ein Überdenken wäre in diesem Fall wirklich notwendig, und wenn sich herausstellt, daß da nichts „drinnen“ ist, sollte man einen anderen Weg finden. So ist zum Beispiel vom Nationalratsabgeordneten Zittmayr vorgeschlagen und auch ein Antrag gestellt worden, anstelle von Industriebutter Butterschmalz zu verwenden. Da kann man nämlich auch die Kontrolle viel besser in der Hand haben, ob es ordnungsgemäß verwendet wird. (*Zwischenruf: Sie können es nicht, wie sollen Sie denn nachlaufen? Bundesrat Schipani: Vielleicht einfärben wie beim Treibstoff!*)

Zum Schluß in wenigen Sätzen: Die Exportpolitik ist nicht behandelt worden. Das richte ich auch an Sie, Herr Staatssekretär.

Wir mußten in letzter Zeit leider feststellen, daß Exportanträge der Molkereiwirtschaft im Ministerium verzögert, lange nicht behandelt wurden, mit Verzögerung genehmigt wurden. Das hatte aber zur Folge, daß die Kosten der Exportstützung höher wurden. Der Dollarkurs ist immer wieder gefallen! Jedes Fallen des Dollarkurses bedeutet mehr Stützung, das ist Ihnen bekannt. (*Bundesrat Schipani: Je nach Bewegung!*) In letzter Zeit ist er immer gefallen. Wenn er fällt, dann bedeutet das mehr Stützung.

Wir könnten Ihnen Dutzende Fälle nachweisen, nicht Ihnen persönlich, Herr Staatssekretär, bei denen durch die Verzögerung im Ministerium ein Mehraufwand von Dutzenden Millionen Schilling notwendig geworden ist, weil eben die Stützung höher wurde. (*Bundesrat Schipani: Ich glaube, es hat aber Einsparungen auf diese Art auch schon gegeben!*) Seltener, aber es mag schon auch einmal sein, wenn der Dollarkurs steigend war! (*Bundesrat Schipani: Zwischen 1980 und 1985 waren nur Steigerungen!*)

19800

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

Ing. Eder

Aber dazu ist noch etwas zu sagen: Jede Verzögerung bedeutet, daß auch auf längere Zeit Lagerkosten zu bezahlen sind, die sind immer da, und die Qualität wird durch eine längere Lagerung auch nicht besser. Ich meine, eine rasche Abwicklung wäre sicherlich wünschenswert. (Bundesrat *Schipani*: Aber teurer!) Ich hoffe, daß man das in Zukunft auch tun wird.

Meine Damen und Herren! Ich darf schon zum Schluß kommen. Wir werden der heutigen Novelle die Zustimmung geben, weil wieder ein kleiner Fortschritt erzielt werden konnte. All das, was ich mir jetzt erlaubt habe aufzuzählen, hoffen wir, wird bei der nächsten Verhandlung entsprechend berücksichtigt. (Beifall bei der ÖVP.) 13.52

**Vorsitzender:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Ing. Gerulf Murer.

13.52

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Ing. Murer: Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Bundesrates! Ich möchte zu einigen Äußerungen, die Anlaß geben könnten, daß etwas mißverstanden wird, Ergänzungen machen.

Grundsätzlich freut es mich, daß eigentlich alle bereit sind, über die weitere Entwicklung der bäuerlichen Familienbetriebe wirklich nachzudenken. Ich persönlich glaube, daß es kaum jemanden in der österreichischen Politik, sofern er auch bereit ist, Verantwortung zu tragen, geben kann, der darüber nicht wirklich mit Sorgen nachdenkt, vor allem deshalb, weil der protektionistische Kampf um diese Märkte, vor allem was die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft betrifft, so stark zugenommen hat, daß natürlich eine der Voraussetzungen für eine positive Fortentwicklung der österreichischen Familienbetriebe, meistens sind es mittlere oder kleinere Familienbetriebe, die in Gefahr kommen, ist, daß wir unsere Marktordnung in Zukunft ändern und wesentlich besser absichern, als dies zurzeit der Fall ist.

Aber man muß schon sagen — außer der gemachten Äußerung, die sicher sehr richtig ist, die ich absolut teile —, daß sich niemand in Österreich Illusionen machen und glauben kann, daß es typische bäuerliche Familienbetriebe zum Nulltarif geben wird. Ganz sicher wird es das bei allen Überlegungen, bei allen Regierungen, egal, wie sie sich zusammensetzen, nicht geben können. Ich glaube, daß diese Regierung sehr wohl bewiesen hat,

gerade in den letzten zwei Jahren, in denen die Exporterfordernisse so gewaltig angestiegen sind, daß sie im Budget diese Exporterfordernisse besonders berücksichtigt. Man mußte vielleicht auf regionale Problemlösungen verzichten, da dort mehr Budgetmittel eingesetzt wurden.

Im Jahre 1985 ist das Agrarbudget nicht, wie man sagt, gesunken, sondern konnte um 8,5 Prozent gesteigert werden. Im Jahr 1986 — ich rechne die Exporterfordernisse mit — ist es um 12,5 Prozent gestiegen. Ich glaube, man sollte, wenn man ehrliche Agrarpolitik macht — und ich hoffe, daß wir alle das in Zukunft tun —, sagen, daß das Agrarbudget nicht gesunken ist, sondern daß die Budgetanteile auch in dieser Regierung sehr massiv angehoben wurden, obwohl wir sicher darüber streiten könnten, ob es nicht noch mehr sein könnte. Ich glaube, das kann die Opposition mit denen, die gerade in der Regierung sind, immer diskutieren.

Erlauben Sie mir als Staatssekretär dieser Bundesregierung, aber auch als Bauer der Obersteiermark, hier auch zu sagen, daß ich sehr wohl Bundesländer kenne, ob es sich jetzt um Kärnten oder um Salzburg handelt, die Steiermark blendet ja auch nicht gerade vom Geldhinausschmeißen für die Landwirtschaft, in denen es bis zum Stillstand Kürzungen gegeben hat. Man sieht, hier kann man durchaus manches in die Waagschale legen.

Bitte nehmen Sie doch zur Kenntnis, daß es Budgetsteigerungen in hohem Ausmaß gegeben hat. Allein die Mittel für Exportstützungen mußten für 1986 um 23 Prozent angehoben werden.

Ich darf Ihnen auch sagen, daß ich persönlich schon enttäuscht war, als man im Ausschuß, als die Budgetüberschreitung in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling beschlossen wurde, von Seiten der Opposition zwar den CA-Milliarden zugestimmt hat, aber bei der Landwirtschaft nicht zustimmte. Leider Gottes hat die Opposition abgelehnt, sodaß natürlich schon der Eindruck entstanden ist: Eigentlich will die Opposition die Milliarden gar nicht. Ich hoffe nur, daß man auch da in Zukunft ein sehr klares Bild zeigt.

Lassen Sie mich auch noch hier das zitieren, was die Landwirtschaftskammer Oberösterreich gemeint hat. Das Presseorgan der Landwirtschaftskammer Oberösterreich „Der Bauer“ hat in seiner Ausgabe vom 17. April 1985 geschrieben, daß die Agrareinkommen 1984 um 13,5 Prozent gestiegen sind.

**Staatssekretär Ing. Murer**

Wir können uns einigen, wenn wir uns in der Mitte finden, in der Argumentation, daß trotz der prozentuellen Steigerung der Agrareinkommen im Durchschnitt die Einkommen in der Landwirtschaft noch zu niedrig sind. Ich glaube, wenn wir uns auf diesem Wege finden, kann auch die Einkommenssituation anders diskutiert und das Ganze auf ein anderes Niveau gehoben werden als auf diese ewige Jammerei, die letztlich kein Bauer mehr hören mag, die auch nicht dazu führt, daß wir in dem Bereich der Überlegungen, wie man einen bäuerlichen Familienbetrieb wirklich anders absichern kann, zu wirkungsvollen Maßnahmen finden.

Nun zu dem Marktordnungsgesetz, das jetzt geändert wird, einige Worte. Ich sage Ihnen, ich persönlich bin sehr froh, daß wir uns hier mit der Opposition gefunden haben. Ich habe mich sehr gefreut, daß in letzter Sekunde die Vernunft gesiegt hat und daß vor allem die wirklich Vernünftigen im Bauernbundbereich erreicht haben, daß die Zustimmung gegeben wurde und die Riesenstreiks, die ja vorgesehen waren, verhindert werden konnten. Letztlich wären die Streiks auf dem Rücken der Bauern ausgetragen worden! Der Krisengroschen hätte bis Juli weiterbezahlt, ja sogar angehoben werden müssen.

Ich glaube, daß diese Maßnahmen, wenn sie von allen getragen werden, von der Landwirtschaftskammer mit ihren Funktionären bis hin zu den Genossenschaften mit deren Funktionärskadern, zu einem Erfolg führen, den wir dann weiter fortsetzen müssen. Wir müssen dann nämlich Maßnahmen setzen, damit sich noch einige Dinge strukturell ändern, diese wurden von Bundesrat Eder kurz angezissen.

Wenn ich hier von strukturellen Änderungen rede, dann meine ich vor allem, daß wir doch irgendwann dort hinkommen, daß wir 250 000 t Milch aus der Menge nehmen können, damit wir den allgemeinen Krisengroschen überhaupt abschaffen können. Wenn 250 000 t nicht weggebracht werden, wird es nach wie vor in Zukunft einen allgemeinen Absatzförderungsbeitrag geben. Ich als Bergbauer freue mich persönlich, daß es mir in der Bundesregierung 1984 gelungen ist, daß die Bergbauern der Zone 3 und 4 von diesem Krisengroschen befreit wurden und aus dem Budget den Bergbauern immerhin fast 90 Millionen noch im vergangenen Jahr refundiert wurden. (*Bundesrat Köstler: Der Minister wollte es aber ursprünglich anders, wenn wir schon dabei sind!*)

Das ist immer so, wenn man Agrarpolitik oder Politik überhaupt macht. Ein sozialistischer Landwirtschaftsminister, ein freiheitlicher Vertreter und, da wir gemeinsam Agrarpolitik machen, weil ohne Zweidrittelmehrheit nichts geht, auch die ÖVP, die sehr stark mitredet, wir müssen eben schauen, wie man einen vernünftigen Kompromiß zustande bringt.

Ich muß sagen, daß der Landwirtschaftsminister und der damalige Finanzminister mich in dieser Frage sehr unterstützt haben, daß wir vor den Verhandlungen über die Marktordnung das vereinbart hatten und daß eigentlich dann von der ÖVP der ganz starke Widerstand kam und man auf den Minister einredete, er solle doch das nicht machen, denn das wäre eine agrarpolitisch nicht sinnvolle Maßnahme. Es hat mich dann sehr gefreut, als doch am letzten Tag auch die ÖVP gesagt hat: Machen wir das doch gemeinsam, was wir seinerzeit in der Opposition wollten und wozu letztendlich auch ein SPÖ-Minister die Zustimmung gegeben hat. Es hat sich für die Bauern sehr segensreich ausgewirkt.

So hoffe ich auch, wenn wir, wie es Bundesrat Eder zum Beispiel gesagt hat, Maßnahmen treffen, um den Inlandsabsatz zu heben, daß wir dann über die verringerte Notwendigkeit der Exporte zu Einsparungen beim Krisengroschen kommen und daß es dadurch vielleicht auch möglich sein wird, den allgemeinen Krisengroschen, der alle Bauern wirklich sehr ärgert, wegzubringen.

Es wurden auch einige Dinge hier über den Landwirtschaftsminister gesagt: daß er immer „jagert“ und daß er nicht in Brüssel ist. Ich verstehe schon, daß man das von der Opposition sagt. Aber eines verstehe ich nicht: Wenn der Landwirtschaftsminister und die Minister dieser Bundesregierung bis zum Bundeskanzler sich in Brüssel, in den EG-Staaten für Österreich bei jedem Gespräch bemühen, um bei diesen riesigen Überschüssen mehr Verständnis für die österreichische Situation zu erreichen, dann kommt von den Kollegen der ÖVP im Nationalrat die 185. Verschwendungsanfrage. Diese Dinge passen halt nicht ganz zusammen.

Darf ich Ihnen mitteilen, daß die EG zum Beispiel mehr als 1 Million Tonnen Butter gelagert hat, die zum Teil schon drei Jahre alt ist, mit der sie nichts mehr tun können als Schweine füttern oder Wagen schmieren oder sonst irgend etwas erfinden. Die EG lagert etwa 800 000 t Rindfleisch, obwohl die Intervention für einen Bullen etwa 21 000 S Kosten verursacht.

19802

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

## Staatssekretär Ing. Murer

Und trotzdem konnten, wie Herr Präsident Gurtner der Oberösterreichischen Landwirtschaftskammer in einer Aussendung gemeint hat, mit den hohen Mitteln von etwa 1,5 Milliarden allein aus dem Budget, zusätzlich zu den Mitteln der Länder, die man auch fairerweise erwähnen muß, die Zuchtrinderpreise infolge der Schwierigkeiten auf den Exportmärkten zumindest geringfügig erhöht werden. Ich glaube schon, wenn Präsident Gurtner das in einer Aussendung schreibt — er ist ja der Präsident der ZAR —, daß das stimmt. Ich muß sagen, daß ich den Kammerpräsidenten Gurtner auch bei diesen Milchmarktverhandlungen sehr schätzen gelernt habe. Deshalb nehme ich das auch sehr ernst, und ich glaube, man sollte das auch den Bauern seitens der Opposition sagen.

Trotzdem wissen wir: Wenn wir nicht eine neue, wesentlich verbesserte Absicherung in einem neuen EG-Agrarbrief bekommen, das heißt, eine Erneuerung aus dem Jahre 1972, wo der Zugang der österreichischen Exporte innerhalb der EG wesentlich erleichtert wird und wesentlich mehr Berücksichtigung trotz der Überschüsse findet, die dort auch vorhanden ist, so wird es sehr, sehr schwierig werden vor allem für die Berggebiete. Die Bemühungen des Landwirtschaftsministers Dipl.-Ing. Haiden wie auch die Bemühungen des Außenministers und des Bundeskanzlers haben doch zumindest das Ergebnis gebracht, daß EG-Präsident Andriessen uns schriftlich mitgeteilt hat, daß die EG bereit ist, in Verhandlungen einzutreten, nicht nur beim Käseimport, der uns sehr zu schaffen macht, sondern auch um beim zollbegünstigten Nutzrinderexport vielleicht eine wesentliche Aufstockung in diesem neuen Agrarbrief abschließen beziehungsweise vereinbaren zu können.

Die Verhandlungen laufen seit Monaten. Die nächste Verhandlung mit den EG-Beamten wird in Salzburg stattfinden. Ich kann Ihnen versichern, daß wir uns sehr bemühen, diese Absicherung der Agrarmärkte sicherzustellen, denn auch wir wissen natürlich, daß der wesentlichste Markt der Markt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften ist. Wenn bei den Käseexporten im Schnitt auf den europäischen Märkten Stützungen von etwa 35 S erreicht werden und auf den Überseemärkten manchmal 50 bis 60 S bezahlt werden müssen, so ist das eine der Voraussetzungen.

Ich glaube schon, daß es durch den Beitritt von Portugal und Spanien zu einem wesentlichen ersten Schritt gekommen ist, daß ein

Mehrheitsbeschuß in Brüssel zustande gekommen ist, daß dadurch die Nutzrinderkontingente jetzt um 4 600 Stück auf über 40 000 Stück angehoben werden konnten. 60 000 Stück werden von uns in dieser Vereinbarung angestrebt, die wir treffen wollen.

Gerade für die Bundesrepublik ist es auch nicht so einfach. Die haben jetzt einen CSU-Minister, so wie die ÖVP von 1966 bis 1970 den Landwirtschaftsminister stellte, und täglich Streiks der Bauern auf den Straßen. Auch der CSU-Landwirtschaftsminister der Bundesrepublik konnte sich aufgrund der Überschüsse in der Bundesrepublik nicht entschließen, in Brüssel für Österreich zu stimmen. Obwohl der Minister beim Besuch in Berlin uns noch versprochen hat, sich für uns zu verwenden, konnte er über seinen Schatten nicht springen. Er hätte höchstwahrscheinlich den Druck der Bauern nicht ausgehalten.

Denken Sie bitte doch auch darüber nach, daß es nicht einfach war, im vorigen Jahr die Zuchtrinderregelung mit Italien zumindest im Schritt eins so weit zu bringen, daß die italienischen Beamten und Behörden erstmals mit den österreichischen Behörden und der Beamenschaft in Verhandlungen eingetreten sind, daß sie Rücksicht auf österreichische Verhältnisse nehmen, was sie bis zum Jahre 1985 nicht zu tun bereit waren. Vom Landwirtschaftsminister Pandolfi wurde eine der strengsten nationalen Zuchtrichtlinien für Italien verordnet, was aufgrund meines Besuches dann wieder zurückgenommen wurde.

Im Oktober konnte schließlich auch gemeinsam mit den Vertretern der Präsidentenkonferenz eine Vereinbarung getroffen werden, die bei den ersten Versteigerungen in Österreich, wie man allgemein in Fachkreisen annimmt, zumindest den Erfolg brachte, daß die Qualitätszuchtrinder einen besseren Preis erzielten als vorher. Ich glaube, das ist doch erfreulich.

Nur eines geht sicher nicht mehr: daß wir Schlachtrinder, mit Kälberscheinen versehen, nach Italien als Zuchtrinder exportieren.

In Zukunft wird es an dieser Weggabelung der Agrarpolitik, an der wir uns, glaube ich, befinden und die wir in Österreich meistern können, heißen: Weniger Menge, mehr Qualität, daher ein besserer Preis. Das Geld bleibt im Lande, und auch der Bauer wird mehr haben. Darum bemüht sich die Bundesregierung im besonderen.

**Staatssekretär Ing. Murer**

Lassen Sie mich zum Weingesetz noch etwas sagen, weil dieses Thema angeschnitten wurde. Natürlich werden wir eine Änderung des Weingesetzes vorbereiten (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) — wenn es Ihnen neu ist, dann freuen Sie sich wenigstens, daß ich es Ihnen jetzt gesagt habe —, aber nicht im Zusammenhang mit dem, was Sie wollen. Denn die strengen Kontrollmaßnahmen, die Qualitätsmaßnahmen werden natürlich nicht geändert werden. Wissen Sie, in welchem Zusammenhang wir das machen? Im Zusammenhang damit, daß der Weinwirtschaftsfonds aufgelöst wird, weil wird jetzt das tun werden, was Herr Bundesrat Eder kurz durchblicken hat lassen, was man in der Zukunft vielleicht auch mit dem Milchwirtschaftsfonds oder mit den anderen zentralbürokratischen Einrichtungen dieser Fondswirtschaft machen will. Wir werden nämlich dort Fachleute hinsetzen, die von der Weinexportwirtschaft, vom Marketing, von der Werbung mehr verstehen als die Politiker, die bisher dort gesessen sind.

Wir werden also den Weinwirtschaftsfonds abschaffen und diesen Fonds durch eine private Marketing- und Werbe-Ges.m.b.H. ersetzen, die mit der Regierung Verträge abschließen kann, sodaß unsere Weinbauern gut und teuer den Qualitätstropfen in Zukunft exportieren können, damit auch die Holländer in Zukunft nicht nur dann, wenn sie auf Urlaub kommen, den guten steirischen, burgenländischen oder niederösterreichischen Tropfen trinken können, sondern auch dann, wenn sie zu Hause in Holland sind.

Ich glaube schon, daß das einer der Anlässe sein wird, um das Ziel zu erreichen, das wir in der Vergangenheit bei weitem nicht erreicht haben.

Herr Bundesrat Eder! Ich gebe Ihnen uneingeschränkt recht, wenn Sie sagen, auch in den anderen Agrarfonds muß etwas geändert werden. Die Molkereidirektoren beklagen sich ja bitter, wenn sie neue Produkte auf den Markt bringen wollen und dazu neue Maschinen und Investitionen brauchen, daß es manchmal Jahre dauert, bis in der Zentralbürokratie etwas geändert wird. Daß wir hier nun gemeinsam einen Weg finden können, freut mich sehr, denn vor einigen Jahren waren diese Fonds noch heilige Kühe; jetzt sind sie es nicht mehr. So entwickeln sich eben die Gedanken weiter. Deshalb glaube ich, daß wir mit Blickrichtung 1988 wesentliche Änderungen gemeinsam zum Wohle unserer agrarpolitischen Infrastruktur und unserer Bauern vornehmen können.

Ich verstehe auch nicht, daß wir zum Beispiel von der Molkerei Leoben die Milch nach Wien schicken müssen und daß sie in Wien über die Tanks weiterverarbeitet wird, bis sie zu den Konsumenten kommt. Man hört ja sehr viele Klagen von den Konsumenten, daß die Milch, die ihnen angeboten wird, nicht den Geschmack hat, daß sie bereit wären, etwas mehr zu trinken. Das würden wir uns aber alle wünschen, denn dann hätten wir das Agrarproblem Milch bald gelöst. Ein Achtel Kilo Butter mehr gegessen oder ein Viertelkilo Milch mehr getrunken, würde uns aller Sorgen entheben. Dazu gehören aber noch mehr Qualität und noch mehr bessere Werbung als bisher.

Mir tut es ein bißchen leid, daß bei den Verhandlungen meine Idee nicht zum Tragen gekommen ist, als ich meinte, angespornt durch die erfolgreichen Beispiele des Grazer Milchhofes oder des Milchhofes Leoben, könnte man Milch mit etwas vollerem Gehalt den Konsumenten bieten. Leider Gottes ist das aufgrund des Sozialpartnersystems nicht durchgegangen. Ich habe geglaubt, es wäre vernünftiger, statt die Milch auf 3,6 Prozent abzurahmen, dann aus dem Rahm Butter zu machen, für die wir bis zu 40, 50 S Stützung zahlen müssen, damit wir sie auf irgendwelchen Weltmärkten unterbringen können, Rahm doch in der Milch zu lassen und dem Konsumenten die bessere Milch mit einer nur ganz geringen Preiserhöhung zur Verfügung zu stellen. Das wurde leider von Gewerkschaftsseite und Arbeiterkammerseite noch nicht — ich sage: noch nicht — ganz akzeptiert, aber immerhin zum Teil, indem wir uns dann einigen konnten, daß alle Molkereien verpflichtet werden, eine zweite Sorte Milch für unsere Konsumenten bereitzustellen nach dem Beispiel Milchhof Leoben und Milchhof Graz, Milch von 4 Prozent Fettgehalt aufwärts, die nicht nur etwas voller wirkt, sondern auch schmeckt und die vor allem von den älteren Menschen sehr gerne angenommen wird.

Ich bin davon überzeugt, daß bei den nächsten Verhandlungen umgedacht wird, denn ich glaube, wir sind uns da einig. Lassen wir das Problem nicht anfallen, verbrauchen wir weniger Geld, geben wir es lieber unseren Bauern, und ersparen wir es für unsere Konsumenten, dann sind wir ein Stück weitergekommen.

Zum Abschluß vielleicht zu den Getreideverhandlungen. Ich kann Ihnen sagen, daß die Getreideverhandlungen bereits begonnen haben und daß wir nächste Woche am Montag

19804

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Staatssekretär Ing. Murer**

in einem etwas kleineren Kreis mit der Präsidentenkonferenz weiterverhandeln werden, natürlich mit Blickrichtung ... (Bundesrat Molterer: Sie waren am Montag gar nicht dabei — weil Sie sagen: weiterverhandeln!)

Herr Bundesrat, darf ich Ihnen auch etwas sagen. Seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich nicht immer dabei bin. Als Staatssekretär hat man auch anderswo manchmal den Minister zu vertreten. Aber Sie müßten auch wissen, daß ein wichtiger Vertreter der FPÖ, Abgeordneter zum Nationalrat Hintermayer, dabei war.

Ich habe jetzt gesagt, daß wir am Montag kommender Woche weiterverhandeln werden, wo ich auch dabeisein werde, mit der Blickrichtung, ein Konzept auch für die alternativen Anbaumaßnahmen zu finden.

Ich glaube schon, daß aufgrund der Erhöhung des Betrages pro Hektar von 3 000 S auf 5 000 S die Anbauflächen vor allem in diesem Jahr bei den Eiweißfutterpflanzen sehr, sehr stark ausgeweitet werden, von etwa 7 300 Hektar vielleicht auf 15 000 Hektar oder mehr. Es gibt ja keine Begrenzung von der Fläche her.

Wir haben nur eine Schwierigkeit, die wir noch nicht bewältigt haben. Erstens kann sicher diese Menge an Eiweißfutterpflanzen nicht der Betrieb selbst verbrauchen, beimischen und verarbeiten, und zweitens sind die Mischfutterwerke in Österreich nicht bereit, soweit ich davon Kenntnis habe, unter diesen Voraussetzungen dieses Eiweißfutter beizumischen. Einen Beimischungzwang, so haben zumindest im Ministerium bisher die Juristen festgestellt, kann man nur sehr schwer oder überhaupt nicht festsetzen. Wenn es nicht zu einer Vereinbarung mit den Mischfutterwerken in irgendeiner Art kommt, ohne daß man eine Mischfutterwerkeförderung zu der Eiweißfutterpflanzenförderung auch noch vornehmen muß, wird es sehr schwer werden, hier weiterzukommen.

Ich appelliere hier vor allem an die Solidarität unserer Mischfutterwerke, unserer Raiffeisenorganisation, die ein mächtiges Wort mitzureden hat, denn letztendlich haben ja einige Organisationen bewiesen, daß es geht. Der steirische Landwirerverband und die Firma Tagger in der Steiermark haben problemlos die Eiweißfutterpflanzen gekauft, haben sie beigemischt, wie mir versichert wurde, ohne größeres Problem.

Abschließend möchte ich nur noch sagen,

daß ich glaube, daß wir alle gemeinsam ein volles Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb abgeben sollen und uns bemühen werden — ich kann das zumindest für die Bundesregierung sagen —, daß sich diese bäuerlichen Familienbetriebe für die Zukunft in Österreich gut weiterentwickeln können, weil das zum Segen aller Menschen in diesem Lande ist. (Beifall bei der SPÖ.) 14.29

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Bundesrat Dr. Müller. Ich erteile ihm dieses.

14.29

**Bundesrat Dr. Müller (SPÖ, Tirol):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zum Zweitredner, dem Herrn Bundesrat Haas, vermag ich Herrn Bundesrat Köstler beziehungsweise dessen Rede nicht so zu loben. Dies nicht aus politischen Gründen, aus Gründen, daß es mir nicht möglich wäre, über diesen Graben oder über diese Distanz zu springen, sondern weil im Gegensatz zur Aussage des Herrn Bundesrates Haas die existentiellen Fragen in dieser ersten Rede meines Erachtens nicht angesprochen worden sind. Dazu brauche ich gar kein Bauer zu sein, um das festzustellen.

Herr Bundesrat Köstler hat in seiner Rede sehr interessant philosophiert und spekuliert über die Situation, aber eine konkrete Analyse wurde leider nicht angesprochen. Es ist kein Wort bei ihm über die Unterschiede in der bäuerlichen Produktionsweise gefallen.

Es ist kein Wort bei ihm gefallen über die daraus resultierenden Einkommensunterschiede, und es ist leider — und das ist symptomatisch — kein Wort gefallen, nicht nur nicht von ihm, sondern überhaupt nicht, über die Agrarpolitik, wie sie seitens der Präsidentenkonferenz und auch seitens des Bauernbundes betrieben wird. Es ist auch kein Wort über die Situation der Bauern im Berggebiet gefallen. (Bundesrat Dr. Schambek: Über die Bergbauern ist geredet worden!) In seiner Rede: das stimmt.

Ich darf aus aktuellem Anlaß, weil vor wenigen Tagen der Bericht über die Lage der Tiroler Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1984 und 1985 herausgekommen und, wie ich glaube, gestern oder heute im Tiroler Landtag zur Behandlung gestanden ist... (Bundesrat Dr. Strimitzer: Der ist schon gestern beendet worden! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP) Umso besser, dann kann Herr Bundesrat Dr. Strimitzer noch qualifiziertere Zwischenrufe machen, weil er zweifellos dort mit dabei war.

**Dr. Müller**

Ich darf jetzt anhand der Zahlen, die in diesem Bericht auf Seite 64 stehen, darauf hinweisen, welche Einkommensunterschiede es gibt und was man daraus für die Lage der Bauern ableiten kann.

Das Einkommen je Familienarbeitskraft in Tallage wird in diesem Bericht mit 121 813 S, also fast 122 000 S pro Jahr angegeben. Das sind 10 150 S monatlich. In der Zone 3 — und wir haben ja die meisten Betriebe in der Zone 3; das weiß Herr Bundesrat Dr. Strimitzer seit gestern schon — beträgt das Einkommen je familiärer Arbeitskraft 54 518 S. Das sind 4 543 S im Monat oder 44 Prozent des Einkommens in der Tallage.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Ich mache Ihnen seit Jahren immer wieder nur den einen Vorwurf, nämlich daß Sie die Bauernpolitik aus der Sicht der Tallagen betreiben. Ansonsten sage ich zu dieser Situation hier schon gar nichts mehr. Sie dürfen aber, glaube ich, eines nicht mehr machen, und zwar hergehen und sagen: Wir vertreten die Bauern insgesamt. Dazu sind die einkommensmäßigen, die arbeitsmäßigen und die sozialen Differenzierungen viel zu groß.

Wenn Herr Bundesrat Haas in seiner Rede auf die Richtmengenrückkaufaktion von 1985, die ja daneben gegangen ist, mit nur 35 000 Tonnen statt der erwarteten 100 000 Tonnen, Bezug genommen hat, dann soll man auch das eine nicht vergessen: daß es ja zu einem Gutteil auch die Molkereileiter waren, die aus naheliegenden Gründen dafür gesorgt haben, daß diese Richtmengenrückkaufaktion nicht im entsprechenden Umfang funktioniert hat.

Ich darf zur Feststellung des sehr geschätzten Kollegen Jürgen Weiss, wie er sich hier bei der Stimmabgabe verhalten werde, auch noch etwas sagen.

Ich möchte hier auch feststellen, daß das Ab-Hof-Pauschale von der Einkommenssituation und von der Betroffenheit her sicherlich vor allem die Bauern in den Bergregionen berühren wird. Es ist ein riesiger Unterschied — ich versuchte, dies anfangs deutlich zu machen —, ob ich eine Agrarindustrie in einer Tallage habe oder einen von der Produktionsseite her alternativarmen oder gar alternativlosen Betrieb irgendwo in den Bergen. Und dieses Ab-Hof-Pauschale, ganz egal, wie immer man es nennt, trifft vor allem die Bauern in den Regionen, aus denen wir kommen.

Ich stimme persönlich deshalb nicht dagegen, obwohl ich durch meine Verwandtschaft

sehr stark in die bäuerliche Situation eingebunden bin, auch wenn ich selber nicht beruflich in der Landwirtschaft arbeite, weil sich damit letztlich das Vertretungssystem der Bauern ja doch nicht verbessert. Ich müßte mich doch darauf verlassen können — das ist genauso wie bei Kollektivvertragsverhandlungen —, daß diejenigen, die die Interessen der Bauern vertreten, die dafür irgendwann einmal bei irgendwelchen Kammerwahlen gewählt worden sind, auch authentisch wiedergeben, was die Bauern wollen, was sie brauchen, welche Bedürfnisse sie haben.

Die Entwicklung, die sich jetzt in Vorarlberg abzeichnet und die noch weiter nach Osten wandern könnte bei der nächsten derartigen Situation, zeigt, daß das, was ich vorhin Herrn Bundesrat Köstler vorgeworfen habe, wahrscheinlich richtig ist: eben daß die Bauern oder bestimmte Bundesländer mit der Vertretung der Bauern in ihrem eigenen Bereich nicht mehr einverstanden sind.

Darf ich noch etwas zur Diskussion stellen, weil es ja eine Debatte sein sollte, wie sie bisher geführt worden ist. Man hat das Gefühl, wenn man die Debatte angehört hat — und es hat ja bisher bis auf die Kollegin Konečny niemand von unserer Partei dazu gesprochen —, daß sie irgendwie vermittelt, daß einfach alles auf den Staat oder von mir aus auf die Entscheidungen irgendeiner Landespolitik zu warten hat.

Ich weiß ganz genau — das ist uns allen klar —, daß es staatlicher Förderungen, ob bei den EG oder in Österreich oder sonst irgendwo, gerade im landwirtschaftlichen Bereich auf Grund vieler spezifischer, aber nicht aller spezifischen Situationen bedarf. Wir brauchen Stützungen, Exportfinanzierungen, Exportstützungen und so weiter. Das ist doch ganz klar. Man kann aber nicht hergehen — und da unterstützte ich sogar die Zwischenrufe, die hier gekommen sind — und sich alles bis ins Detail von diesem Staat vorschreiben lassen. Da muß ich wirklich fragen: Was sind Sie für Vertreter — ich meine jetzt diejenigen, die bisher gesprochen haben — einer bürgerlichen Partei, die immer wieder sagen, der Staat lasse das nicht zu, der Staat lasse jenes nicht zu, das dürfe man nicht, der Staat solle das tun, und so weiter? Wo bleibt, bitte, die unternehmerische Eigeninitiative? Wo bleibt ein selbst nur geringer Grad an Risikobereitschaft? (Zwischenruf bei der ÖVP.)

Ich könnte mir den Umstand durchaus vorstellen — und das wäre dann eine sehr span-

19806

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Dr. Müller**

nende Diskussion —, daß Bauernbundvertreter, die hier immer mit dem „Staat“ kommen, einmal mit Vertretern der Industriellenvereinigung oder des Wirtschaftsbundes, mit aktiven Burschen, meine ich natürlich, diskutieren. Das wäre mindestens ebenso spannend wie eine Diskussion zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei. Da würde ich wissen wollen, was hier herauskommt.

Außerdem muß man sich noch die Frage stellen, in welchem organisatorischen Umfeld die Bauern leben, wenn man dauernd nach dem Staat ruft. Ich muß mich wirklich fragen, ob nicht schon ein bestimmter Genossenschaftskollektivismus hier Platz gegriffen hat.

Jedenfalls habe ich hie und da das Gefühl, daß auch von der anderen Seite her ein Bild gezeichnet worden ist, wie es vor 20 oder 30 Jahren war.

Meine Damen und Herren! Ausgenommen in den Bergregionen — und darauf möchte ich wirklich ganz eindringlich hinweisen — hat sich doch die agrarische Produktionsweise — und das weiß jeder, auch wenn man nicht gerne darüber spricht — ungeheuer geändert, und das wirkt sich nicht nur im Überschußbereich aus, sondern auch bezüglich des Arbeitseinsatzes der Bauern. Das wirkt sich im Kapitaleinsatz für die Betriebe aus, und so weiter. Wir haben einen Fremdenergiedienst. Wir haben die Entwicklung zu einer Agrarindustrie größeren Ausmaßes. Wir haben einen Düngemittelleinsatz, der ganz anderes erlaubt, als es noch vor 20 Jahren der Fall war.

Wenn es so weitergeht, daß die größten Bauern in Österreich immer die „kleinen“ — unter Anführungszeichen — mit vertreten sollen, was sie letztlich ja gar nicht können, dann wird immer wieder im Hintergrund das eine stehen, nämlich daß man sagt: Lassen wird die Großen wachsen, und die Kleinen sollen weichen. Die weichenden Kleinen soll dann der Staat irgendwie auffangen. Man soll irgendwelche sozialen Maßnahmen ergreifen, und so weiter. (Zustimmung bei der SPÖ. — Bundesrat Molterer: Das ist Ihre Politik!)

Ich darf auf noch einen Punkt hinweisen, nämlich auf das fehlende Abkommen oder überhaupt auf die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft. Ich weiß ganz genau — wie jeder von uns, wenn er nur halbwegs Zeitungen liest —, welche ungeheure Bedeutung das Hineinkommen in den EG-Markt hat. Man muß aber fairerweise dazusagen — der Herr Staatssekretär hat ja schon die in letzter

Zeit erbrachten Leistungen gewürdigt, auch wenn noch lange nicht alles erreicht worden ist, was man sich so vorstellt — und davon ausgehen, daß es weitaus zuwenig ist, wenn man im Bundesrat oder im Nationalrat oder diplomatisch in Brüssel mit dem „Fahndele“ daherkommt oder mit einem Transparent, wo oben steht: Hier sind wir netten Österreicher.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, wie dort gearbeitet wird. Wenn Herr Bundesrat Hoess herinnen wäre, würde er sicher ein bißchen erschauern, wenn ich ihm sagte, daß ich die „feine“ Art der Diplomatie in den EG-Kreisen so ein bißchen am Rande kennenlernen durfte und dort nicht gerade die feine englische Art auf diplomatischem Sektor herrscht. Hier herrscht nichts anderes als Protektionismus, und diese Länder verstehen auch nichts anderes als die Möglichkeit von Druck und Gegendruck. Ich würde vorschlagen, daß wir das vielleicht einmal miteinander bedenken.

Das einzige, wo wir Druck ausüben können auf die EG-Länder, ist eine Situation, in der sie uns schamlosest ausgenützt haben, und zwar in der Verkehrssituation. Wir in Tirol verspüren das täglich. In einer großen Zeitung, der „Tiroler Tageszeitung“, ist geschrieben worden: Wenn es nach dem deutschen und einigen anderen EG-Ministern ginge, so würden sie am liebsten von Kufstein bis zum Brenner einen 100 m breiten Streifen durchs Inntal kaufen — wahrscheinlich müßten wir sie dabei noch unterstützen, weil sie ja, auf deutsch gesagt, so „arme Hund“ sind —, um ungehindert hier durchrollen zu können.

Eines, glaube ich, müssen wir in diesem Zusammenhang auch sagen: Wir müssen diesen großen Zusammenhang einfach herstellen. Wir haben auch das Recht dazu, meine Damen und Herren, gegen diese Länder, die einen sehr billigen und einen sehr preisgünstigen Transport durch unser Land praktisch hereingeholt haben, zu sich geholt haben — sie machen ja Hunderte von Kilometern Umweg, um bei uns durchzukommen, denn durch die Schweiz kommen sie nicht und durch andere Länder offensichtlich auch nicht im gewünschten Ausmaß —, all diese Mittel gegen die EG auch zum Einsatz zu bringen. Das wäre ein kleiner Vorschlag von meiner Seite.

Darf ich, nachdem alles andere in dieser Novelle ja wirklich schon besprochen worden ist, nur eine Meinung noch zum Ausdruck bringen. Diese Novelle — das wissen wir alle — ist unter sehr großem Druck bearbeitet worden. Es ist sehr hektisch in 18 bis 20 Sit-

**Dr. Müller**

zungen verhandelt worden, bis zuletzt ist noch alles mögliche besprochen worden. Wir müssen uns aber, glaube ich, darüber im klaren sein, daß das nur ein Zwischenschritt sein kann angesichts der letztlich immer größer werdenden Probleme.

Wir stehen wirklich — das ist ausgedrückt worden, das betrifft bitte genauso die Konsumenten — vor einschneidenden Veränderungen, die sich sicher in den Marktordnungsge setzen 1988 niederschlagen werden müssen. Wir müssen, um es punktuell darzustellen, glaube ich, die von der OECD kritisierten — das hat ja nicht irgend jemand in der Bundesregierung gemacht oder sonst irgend jemand, dem jetzt gerade die Vermarktungsbetriebe nicht gefallen haben — und im Vergleich sehr hohen österreichischen Verarbeitungs- und Vermarktungskosten von Milchprodukten einschränken.

Ich möchte eines dazu sagen: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis — das ist ja von einigen Rednern voher Gott sei Dank auch schon gesagt worden, und es ist ja schon festgestellt worden —, daß, was die milchverarbeitenden Betriebe, vor allem den Milchwirtschaftsfonds betrifft, der Herr Staatssekretär hat es auch angeschnitten, eine immer stärker werdende Kritik an dieser Tendenz zum totalen Reglement hier von seiten der Bauern, also der Produzenten, geübt wird. Hier kommt wirklich der Ruf nach Freiheit, nach mehr Flexibilität und der Ruf nach Abbau von Diktatur und Abhängigkeit.

Das zweite. In diese neue Marktordnung muß hineinkommen — wenn es die Bauernvertreter selber aus begreiflichen wirtschaftlichen Gründen nicht machen, dann werden es andere zu tun haben, dann wird die Regierung oder unsere Fraktion kompensierend einzuschreiten haben — die Berücksichtigung der bergbäuerlichen Gegebenheiten bei den Milchmarktregelungen.

Im Bericht zur Lage der Tiroler Land- und Forstwirtschaft — ich übergebe ihn dann gerne dem Herrn Bundesrat Köstler, damit er auch aus einem Bergland etwas mitnehmen kann (*Ruf bei der ÖVP: Berge gibt es auch in Oberösterreich!*), ja, ein paar, aber wir haben fast nur Berge! — steht wörtlich drinnen: „Die Milchüberschüsse werden nicht in den Berglagen erzeugt.“ Hier finden wir ja schon den besten Hinweis auf diese neuartigen, in den letzten Jahrzehnten aufgekommenen industriellen landwirtschaftlichen Produktionsweisen. Und hier, glaube ich, sind wirklich das Umdenken und auch die Solidarität bei

den Landwirten, die Produktionsalternativen haben, nicht nur in der Philosophie und im Bewußtsein im Kopf ganz hinten notwendig, sondern ganz konkret in der Aufteilung, wer wo produzieren kann.

Zum Schluß noch einen Punkt. Es geht bei den kommenden Marktordnungsverhandlungen, auch wenn es vielleicht jetzt etwas dramatisch klingt, um eine agrarpolitische Neuorientierung, das ist auch schon gesagt worden, und das wird allerorts gefordert.

Hermann Priebe, der Berater der deutschen Bundesregierung in Agrarfragen war, der in der EG-Kommission so eine Art Chefberater war, hat vor kurzem ein Buch herausgebracht, und zwar „Die subventionierte Unvernunft“. Darf ich Ihnen aus diesem Buch nur einen Satz, der allerdings Leitcharakter hat, zitieren. Er schreibt: Der Abbau des Diktatur und die Entwicklung einer sozialen Agrarpolitik innerhalb der sozialen Marktwirtschaft — also Bundesrepublik —, das ist die Aufgabe. Angesichts der weltweiten Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen kann das nur eine zugleich ökologisch orientierte Agrarpolitik sein.

Das heißt, was gefordert ist, wo am Anfang steht: Jetzt sind wir von 60 Groschen auf 38 Groschen zurückgegangen!, was alles sehr wichtig, sehr gut für die Bauern ist, kann insgesamt gesehen nur ein kleiner Zwischenschritt zu einer Neuorientierung, die nicht nur bei uns, sondern auch anderswo dringend angesichts der Überschüsse und der ökologischen Situation angegangen werden muß, sein. „Sozial und ökologisch“, das werden die zwei Faktoren sein, die wir hier im Auge behalten müssen.

Ich darf auch namens meiner Fraktion, ich glaube, nunmehr zum zweiten Mal, sagen, daß wir natürlich diesem Zwischenschritt gerne die Zustimmung geben werden. — Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*) <sup>14.36</sup>

**Vorsitzender:** Zum Wort gemeldet hat sich Bundesrat Molterer. Ich erteile ihm dieses.

<sup>14.36</sup>

Bundesrat Molterer (*ÖVP, Oberösterreich*): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die Problematik der Novelle und die Agrarprobleme eingehe, möchte ich mich doch mit den Ausführungen meiner beiden Vorredner etwas auseinandersetzen.

Herr Staatssekretär Murer hat eingangs

19808

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Molterer**

erwähnt, daß das Agrarbudget wiederum angehoben worden ist. Der zuständige Minister, Herr Bundesminister Vranitzky, hat in einem Interview, das er der Presse gegeben hat, erklärt, beim Budget 1986 habe er den Rotstift im Bereich des Landwirtschaftsministeriums am stärksten angesetzt.

Ich weiß nicht, wem man dann glauben muß. Ich glaube eher, daß der Finanzminister recht hat, und die Bauern wissen das auch. Denn wir haben ja nichts davon, wenn wieder höhere Beträge im Budget enthalten sind, wenn man auf der anderen Seite feststellt, daß der prozentuelle Anteil des Agrarbudgets von Jahr zu Jahr zurückgeht. Und das ist die entscheidende Aussage beim Budget, ob die Landwirtschaft mit der Steigerung des Gesamtbudgets mithält oder ob sie hier zurückfällt. Es ist eindeutig erwiesen, daß der Anteil der Landwirtschaft im Gesamtbudget rückläufig ist.

Wenn der Herr Staatssekretär darauf hingewiesen hat, daß gerade im Bereich der Preisausgleiche höhere Beträge enthalten sind, so ist es mir unverständlich, daß der Herr Staatssekretär, obwohl er mein Standeskollege und selbst Bauer ist, nicht auch sagt, daß zugleich auch die Absatzförderungsbeiträge und die Verwertungsbeiträge beim Getreide im selben Ausmaß mitgestiegen sind, weil ja zum Beispiel beim Getreide die Exportstützungsmittel je 50 zu 50 von den Bauern und von der Regierung aufgebracht werden. (Staatssekretär Ing. Murer: Sie sind aber nicht angehoben worden!)

Wenn der Herr Staatssekretär im Zusammenhang mit den Brüssel-Interventionen gemeint hat, daß dabei die Bauernbundabgeordneten eine Rüge erteilt hätten und die Dinge nicht zusammenpassen, dann muß ich dem Staatssekretär sagen, wo die Dinge zusammenpassen, und zwar beim Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahlen in der Steiermark, wo der Herr Staatssekretär ja zu Hause ist, wo sich seine Partei sehr eingesetzt hat und wo die FPÖ-Bauern einen Stimmenverlust von 32,5 Prozent hinnehmen mußten. 1981 haben die freiheitlichen Bauern noch einen Anteil von 3 493 Stimmen gehabt, dieser ist 1986 zurückgegangen auf 2 355 Stimmen. Damit möchte ich ihm sagen, wo die Dinge zusammenpassen. (Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Dr. Schambbeck: Das gibt einen Regierungsbefehl!)

Wenn Sie, Herr Staatssekretär, dem Landwirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland Kiechle Vorwürfe machen, so

muß ich Ihnen auch eines sagen. Der Herr Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle muß das auslößeln, was Ihr Gesinnungskollege, Herr Bundesminister Ertl, eingebrockt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Er hat sicherlich einen schweren Stand, das möchte ich gar nicht leugnen. Aber er hat immer wieder Mut bewiesen, indem er ein Veto eingelegt hat und indem er auf nationaler Ebene das gutmacht, was in Brüssel nicht gelöst werden kann.

Die Verhältnisse in Brüssel sind ja so, ich möchte einen Vergleich anstellen: Es ist ein Schiff mit zwölf Kapitänen, wo jeder Kapitän ein anderes Ziel anrudern möchte. Das ist natürlich furchtbar schwierig. (Bundesrat Schipani: Ansteuern; rudern tun ja die anderen!)

Zu den Ausführungen meines Kollegen Dr. Müller möchte ich sagen: Er hat die Unterschiede in den Einkommen der Bauern in Tirol zwischen den Tallagen und der Zone III herausgearbeitet. Herr Kollege Müller, es kann doch nicht Aufgabe der Agrarpolitik sein, die Einkommen der Bauern in Tallagen auf das Niveau der Bergbauern herunterzudrücken, sondern es muß Aufgabe der Agrarpolitik sein, das Einkommen der Bauern in den Bergbauerngebieten an das Einkommen der Talbauern heranzuführen. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist Aufgabe der Agrarpolitik, das zu bewirken, und nicht Aufgabe der Interessenvertretung.

Wenn Sie, Herr Kollege Müller, glauben, daß die Bauern mit ihrer Interessenvertretung nicht mehr einverstanden wären, dann schauen Sie sich das Wahlergebnis in der Steiermark an: 85,5 Prozent der Stimmen hat der Bauernbund bei den Landwirtschaftskammerwahlen in der Steiermark bekommen.

Herr Kollege Müller hat auch gesagt, daß im Grünen Bericht von Tirol steht, daß der Milchüberschuß nicht im Berggebiet erzeugt wurde. Das ist völlig richtig. Nur wird dieser Milchüberschuß auch nicht im Flachland erzeugt, denn im Flachland, dort, wo es die Möglichkeit gibt, hat man sich von der Milchproduktion schon gelöst. Daher wird also die Milchüberproduktion hauptsächlich in den Gebieten verursacht, wo das Bergbauerngebiet beginnt, wo die Bergbauernzone I ist, wo es also keine anderen Möglichkeiten gibt. Daher muß man da vorsichtig sein, wenn man glaubt, dazu etwas sagen zu müssen.

Meine Damen und Herren! Unter dem Ein-

## Molterer

druck der Vorkommnisse in der verstaatlichten Industrie, insbesondere im Bereich der VOEST-ALPINE (*Bundesrat Mohn: Auch bei der „Bundesländer“! und der damit verbundenen notwendigen gewaltigen Verlustabdeckung hat der Österreichische Gewerkschaftsbund versucht, durch Aussendungen über die öffentlichen Zuwendungen für die Landwirtschaft ein Gegengewicht zu erhalten. (Ruf bei der SPÖ: 80 Milliarden hat die Landwirtschaft erhalten!)*)

Ich glaube, Sie kennen dieses Papier: „Bauern größter Nutznießer!“ (*Bundesrat Schipani: Diese Betriebe gehören dem Staat, und die bäuerlichen Betriebe gehören den Bauern, das ist der feine Unterschied!*) Herr Kollege Schipani, in der Agrarpolitik brauche ich von Ihnen keinen Nachhilfeunterricht. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Ich wollte Sie nur über die Besitzverhältnisse aufklären, und diese können Sie mir nicht widerlegen!*)

Herr Kollege Schipani, mit dieser Information soll der Eindruck entstehen, die Bauern wären die größten Nutznießer des Staatsbudgets. (*Bundesrat Schipani: Die größten nicht, aber die ständigen!*) Dabei wird versucht, der Landwirtschaft alles aufzurechnen, was möglich ist. Dabei vergißt man, daß in diesen Beiträgen Mittel enthalten sind, die die Bauern selbst aufbringen müssen und die andererseits mit der Landwirtschaftsförderung nicht das geringste zu tun haben.

Ich möchte die wichtigsten Zahlenrelationen richtigstellen. Es steht in Ihrer Aussendung, 1983 hätte die Landwirtschaft nur 300 Millionen Schilling Verwertungsbeiträge aufgebracht. Das stimmt absolut nicht, sondern die Verwertungsbeiträge, die die Bauern in diesem Jahr aufgebracht haben, betragen 600 Millionen Schilling. Dazu kommt, daß wir Kredite aufgenommen haben, sodaß rund an die 900 Millionen Schilling von Seiten der Bauern zur Verfügung gestellt worden sind.

Es ist auch hier der Verwertungsbeitrag, der ja richtigerweise „Absatzförderungsbeitrag“ heißen soll, aufgezeigt. Im Jahre 1983 hat es im Vergleich zu 1986 noch sehr geringe Absatzförderungsbeträge gegeben. Zum Beispiel betrug der allgemeine Absatzförderungsbetrag bei der Milch 1983 durchschnittlich 18 Groschen, im Dezember 1985 64 Groschen, im Jänner und Februar 1986 60 Groschen, und er wird mit 1. März 38 Groschen betragen.

Der zusätzliche Absatzförderungsbetrag war im Jahre 1983 durchschnittlich 2,60 S und

beträgt 1986 bis jetzt 4,06 S. Es müssen also von Seiten der Landwirtschaft, von den Milchbauern insgesamt 935 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, die ihnen vom Milchgeld abgezogen werden.

Nun haben Sie auch hier in dieser Aussendung die Mineralölsteuerrückvergütung mit 930 Millionen Schilling angegeben. Aber allein das Wort „Rückvergütung“ sagt ja schon, daß jemand etwas eingezahlt hat, das er auf der anderen Seite wieder bekommt, so daß also hier diese 900 Millionen Schilling fehlen. (*Ruf bei der SPÖ: Der Arbeitnehmer bekommt ja auch nichts zurück, wenn er zur Arbeit fährt!*)

Sie wissen selbst, daß der Landwirt mit seinen Zugmaschinen das öffentliche Verkehrsnetz nur in einem sehr geringen Ausmaß befährt und daß es daher gerecht ist, wenn er einen Teil dieser Steuern, die Mineralölsteuer, wieder rückvergütet bekommt.

Aber es müßte zumindest, wenn das als Belastung ausgezeichnet ist, auf der anderen Seite auch wieder aufscheinen.

Sie haben dann in dieser Aussendung auch darauf hingewiesen, daß der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds von Seiten der Landwirtschaft nur 90 Millionen beträgt. Das sind nur die 125 Prozent, die die Bauern zusätzlich über den Einheitswert abliefern müssen. Sie wissen selbst, daß die Beträge, die im Familienlastenausgleichsfonds zusammenkommen, aus den Dienstgeberbeiträgen kommen. Und auch die Landwirtschaft zahlt genauso wie jeder andere Dienstgeber Dienstgeberbeiträge für diesen Familienlastenausgleich. (*Bundesrat Schipani: Wie viele Dienstgeber habt ihr denn noch?*) Dieser Familienlastenausgleich sind keine Staatsmittel, sondern der Bund verwaltet ja nur den Familienlastenausgleich. Daher sind das keine Mittel, die aus dem Budget kommen, sondern das sind vorwiegend Beträge, die aus den Dienstgeberbeiträgen hereinkommen. (*Bundesrat Schipani: Die üben Solidarität untereinander! Solidaritätsempfänger sind sie, nichts anderes! Das soll damit gesagt werden!*)

Also auch hier, Herr Kollege Schipani, eine falsche Darstellung.

Jetzt komme ich zu Ihrem Bereich, Herr Kollege Gargitter, zum Sozialversicherungsbetrag.

Der Bereich der Sozialversicherung ist ja

19810

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Molterer**

im Budget der Land- und Forstwirtschaft nicht enthalten. Ich habe dem Jahresbericht 1983 der Sozialversicherungsanstalt der Bauern entnommen, daß der gesamte Aufwand in der Sozialversicherung der Bauern im Jahre 1983 rund 13 222 Millionen ausmacht.

Die Versicherten zahlten 1983 in die Unfallversicherung 650 Millionen, in die Pensionsversicherung 2 043 Millionen, in die Krankenversicherung 1 430 Millionen und in die Betriebshilfe 48 Millionen ein, was ein Beitragssummen von rund 4 Milliarden Schilling ergibt. Meine Herren Kollegen! Dazu kommen noch jene 273 Millionen, die Sie hier in dieser Aussendung stehen haben.

Wenn man nun die Beitragssätze der Versicherten der einzelnen Berufsgruppen vergleicht, dann kommen wir zu folgendem Bild: Die Bauern zahlen zur Pensionsversicherung 12,5 Prozent, die Arbeiter 10,25, die Angestellten 10,25 und das Gewerbe 12 Prozent.

Bei der Krankenversicherung zahlen die Bauern 4,8 Prozent, der Arbeiter 3,15 Prozent, der Angestellte 2,6 Prozent und das Gewerbe 7,7 Prozent. Bei der Unfallversicherung zahlen die Bauern 1,9 Prozent, der Arbeiter zahlt ja keinen Beitrag, auch der Angestellte nicht, und die Vertreter des Gewerbes zahlen 595 Schilling jährlich. Dann kommt noch die Betriebshilfe mit 0,4 Prozent.

Sicherlich wird bei den Arbeitern und Angestellten das Aufkommen durch die Dienstgeberbeiträge erhöht, aber im Verhältnis zahlt der einzelne in der Landwirtschaft sehr hohe Beitragssätze. (*Bundesrat Gargitter: Wie erklären Sie sich dann, daß die Pensionsversicherungsanstalt auf jeden Pensionschilling der Bauern 86 Groschen draufzahlt?*) Ja, Moment! Herr Kollege! Ich komme noch darauf zu sprechen.

Trotz dieser hohen Beitragssätze ist die durchschnittliche Bauerpension im Vergleich zu anderen Berufsgruppen viel niedriger. Die Pensionen betragen Ende 1984 für die Bauern durchschnittlich 3 714 Schilling, bei den Arbeitern 4 887, beim Gewerbe 5 738 und bei den Angestellten 7 484 Schilling. (*Bundesrat Gargitter: Das ist doch die Mindestpension!*) Ja, Herr Kollege! Ich habe ja nirgends die Ausgleichszulagen dazugerechnet, sondern ich habe die Durchschnittspensionen gerechnet. (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) Sie können ja nachher herausgehen.

Nun ist sicherlich — und das ist unbestritten, Herr Kollege — der Bundeszuschuß in

der Sozialversicherung der Bauern sehr hoch. Eine Tatsache, die wir nicht abstreiten! Das hängt aber mit der Struktur in der Landwirtschaft zusammen, denn Ende 1985 sind bei den Angestellten auf 100 Versicherte 35 Pensionisten gekommen, bei den Arbeitern auf 100 Versicherte 68 Pensionisten, beim Gewerbe 72 Pensionisten, und bei den Bauern sind auf 100 Versicherte bereits über 100 Pensionisten zu verzeichnen. Ja, das ist sicherlich sehr hoch. Meine Damen und Herren! Bekanntlich werden ja die Pensionen nicht aus angesparten Beiträgen der Versicherten, sondern durch umgehende Verwendung der Beiträge der jetzt Aktiven finanziert. (*Bundesrat Schipani: Das war immer so!*)

Da das Verhältnis zwischen Beitragssätzen auf der einen Seite und Pensionisten in der Landwirtschaft auf der anderen Seite sehr schlecht ist, ist natürlich der notwendige Zuschußbedarf, der ja gesetzlich 1965 beschlossen worden ist, sehr hoch. (*Zwischenruf des Bundesrates Schipani*.)

Aber ich möchte hier grundsätzlich eines festhalten, Herr Kollege Schipani: Genauso wie andere Berufsgruppen hat auch die bäuerliche Bevölkerung ein Anrecht, die sozialen Errungenschaften wie alle anderen Berufsgruppen auch zu genießen. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Mohnl: Das hat niemand bezweifelt!*) Ja, Herr Kollege Mohnl, nur würde ich bitten, daß man das in Zukunft etwas fairer behandelt und die Dinge sachlich darstellt.

Es hat mich nur deshalb geärgert, Herr Kollege, weil sich der Herr Zentralbetriebsobmann von den Steyr-Werken, Herr Nationalrat Leithenmayr Hermann, den ich ja sehr gut kenne, in der Zeitung „Traktor aktuell“ über die schlechte Kundentreue der Bauern beschwert hat.

In einer Betriebsaussendung der Steyr-Werke ist dies auch enthalten gewesen. (*Redner zeigt einen Artikel vor. — Bundesrat Mohnl: Eine Klarstellung!*) Moment, dann muß es aber wirklich klargestellt werden. Es ist also für mich verwunderlich, meine Herrschaften, und es erzeugt sicherlich den Unmut der Bauern, wenn man sich zuerst über die mangelnde Kundentreue beschwert und dann solche Darstellungen in den Steyr-Werken gegeben werden. Das paßt also meines Erachtens nicht zusammen. Da muß man wissen, was in diesem Zusammenhang geschieht.

Nun, meine Damen und Herren, zu dem

**Molterer**

Hauptproblem selbst: Es ist sicherlich so, daß wir in der Landwirtschaft in den wichtigsten Produktionssparten in den letzten Jahren Überschüsse produziert haben, sei es im Bereich des Getreides, sei es im Bereich der Milch, sei es bei den Zuckerrüben, sei es beim Vieh oder sei es bei den Schweinen.

Warum ist es eigentlich zu dieser Produktionssteigerung gekommen? Weil erstens einmal sehr viele landwirtschaftliche Nutzflächen freigesetzt worden sind, weil die Zugtiere, die früher Energie von den Feldern bekommen haben, durch motorische Zugkräfte ersetzt worden sind.

Zweitens: Durch diese motorischen Zugkräfte ist auch eine bessere Bodenbearbeitung möglich geworden. (*Bundesrat Schipani: Verdüngung ist besser!*) Ich habe Ihnen schon gesagt, ich brauche von Ihnen keinen Nachhilfeunterricht. (*Beifall bei der ÖVP*)

Natürlich ist es auch gelungen, leistungsfähigere Sorten zu züchten und auch im Bereich der Vererbungsmöglichkeiten, zum Beispiel durch die Einführung der künstlichen Besamung, bessere Ergebnisse zu erzielen. Letzten Endes hat es auch eine bessere und größere Anwendung von Handelsdünger gegeben.

Daß dabei der Getreidemarkt natürlich eine Schlüsselfunktion einnimmt, ist, glaube ich, allen bewußt, die mit der Agrarpolitik zu tun haben.

Es ist daher, Herr Staatssekretär Murer, unbedingt notwendig, daß die Grundzüge der bisherigen Getreidemarktordnung auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Es ist sicherlich so, daß durch eine sehr gute Ernte 1985, aber auch durch fehlende Weltmarktpreise und den fallenden Dollarkurs die Erfordernisse für den Getreideexport sehr hoch geworden sind.

Wir haben im Jahr 1984/85 die Ernte 1984 pro Tonne mit 1 450 S bezuschussen müssen, und wir werden bei der Ernte 1985 pro Tonne einen Stützungsaufwand von rund 2 500 S brauchen. (*Bundesrat Schipani: Was wollt ihr? Planwirtschaft oder Marktwirtschaft?*)

Deswegen reichen die eingelangten Verwertungsbeiträge nicht aus, und es muß natürlich zu einer zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeit gegriffen werden.

Wir haben ja in Österreich schon seit 1978 das Verwertungsbeitragsaufkommen, das

1978 pro Kilogramm Mahlweizen 5 Groschen betragen hat, das inzwischen im Laufe der Zeit auf 48 Groschen angestiegen ist. Das heißt also, anders ausgedrückt, daß ein Landwirt, der Mahlweizen anbaut, 12 Prozent seiner Erträge für den Export zur Verfügung stellen muß. Das ist sicherlich eine sehr schwierige Situation. (*Bundesrat Schipani: Weniger produzieren!*) Wenn er weniger produziert, hat er weniger Einkommen. Ich glaube, das werden Sie auch nicht damit verbinden.

Wir haben immer bei den Milchverhandlungen darauf verwiesen, daß es unsere Absicht ist, über Milch und Getreide gemeinsam zu verhandeln. Herr Staatssekretär Murer hat das leider verhindert, indem er sich hier quergelegt hat. (*Bundesrat Schipani: Ein gescheiter Mensch!*)

Es wird auch immer wieder vom Herrn Minister auf die Situation im EG-Bereich hingewiesen, darauf, wie schwierig dort die Situation ist. Ich muß Ihnen aber sagen, daß dort erst manches in Diskussion steht, was wir in der Landwirtschaft in Österreich schon haben.

In Brüssel wird jetzt über die Einführung einer Mitverantwortungsabgabe von 3 Prozent diskutiert. Das ist dasselbe, was wir als Verwertungsabgabe haben. Wir haben schon 12 Prozent. Wir haben sie schon seit Jahren, während der EG-Raum erst darüber diskutiert.

Was das Qualitätskriterium betrifft, so sind wir auch der EG um Jahre voraus, denn bei uns ist es nicht möglich, angebauten Futterweizen als Mahlweizen zu verkaufen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es noch immer den Begriff „B-Weizen“. Das ist ein Weizen, der nach unseren Begriffen Futterweizen ist, der aber in Deutschland noch immer als Mahlweizen verkauft werden kann.

Wenn man auf die Zusammenhänge und auf die Situation im EG-Raum verweist, so müssen wir sagen, daß wir so manches, was dort erst diskutiert wird, in Österreich schon haben.

Auch muß man, glaube ich, der Ansicht entgegentreten, daß die amerikanischen Farmer zu den gehandelten Weltmarktpreisen produzieren könnten. Erstens muß man dazu sagen, daß sie andere Betriebsgrößen haben und daher ein Vergleich mit der österreichischen Landwirtschaft, aber auch mit der europäischen Landwirtschaft kaum möglich ist. Zwei-

19812

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Molterer**

tens: Die Amerikaner bieten zwar den Weizen in Europa um 1 500 S pro Tonne plus Fracht- und Transportkosten von den USA nach Europa an, der Farmer in den Vereinigten Staaten erhält aber nahezu 3 000 S je Tonne. 1986 erhalten damit die amerikanischen Produzenten zwischen 40 und 50 Prozent ihres Erlöses für Getreide aus öffentlichen Mitteln.

Wir haben beim Getreide immer größere Erträge; wir weisen daher schon seit Jahren darauf hin, daß man die Alternativproduktion in Angriff nehmen muß. Meine Herren! Der Einstieg in die Alternativproduktion ist nicht nur fällig, sondern schon überfällig. (*Bundesrat Schipani: Das würde ich auch sagen! Lassen Sie sich etwas einfallen!*) Wir haben uns etwas einfallen lassen, aber das ist doch Aufgabe des Ministers. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir müssen aufgrund der ausufernden Getreideproduktion eine Produktionsumstellung herbeiführen. In den vergangenen Jahren, als sich schon diese Entwicklung abzuzeichnen begann, daß die Getreideexportüberschüsse immer größer werden, sind leider keine Weichen seitens der Agrarpolitik gestellt worden. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf den Eiweißfutterpflanzenbau und auf den Ölsaatenbau. Zwar gibt es heuer für Raps eine Flächenprämie von 5 000 S, aber eine Flächenprämie ... (*Bundesrat Schipani: Die gibt es schon lange!*)

Herr Kollege! Eine Flächenprämie ist unseres Erachtens beim Raps gar nicht zielführend, da Raps eine ausgesprochene Marktfrucht ist, das heißt, Raps wird praktisch zu 100 Prozent über den Markt verkauft. Eine Flächenprämie, Herr Kollege Schipani, gibt es erst seit einem Jahr und nicht seit Jahren, das muß ich Ihnen auch sagen. (*Bundesrat Schipani: Das zweite Jahr!*) Heuer ist es das erste Jahr, daß es eine Flächenprämie gibt. Da sind Sie nicht informiert, Herr Kollege Schipani.

Ich glaube, es wäre viel zweckmäßiger, um keine finanziellen Leerläufe und Umgehungen zu fördern, wieder auf eine Kilogrammstützung zurückzugehen, wie das ja in den vergangenen Jahren der Fall war. Es wäre, glaube ich, viel praktischer, wenn man gerade beim Raps wieder auf die bereits vorher bestehende Lösung zurückkommen würde. Was wir bei der Ölsaatenproduktion brauchen, das ist keine Alibihandlung, sondern was wir brauchen, ist eine Produktion, die gewollt ist und mit Herz und Verstand betrie-

ben wird. (*Zwischenruf des Bundesrates Köpf.*)

Herr Kollege Köpf! Das geht sich voll aus. Sie ersparen sich sogar Gelder, wenn vom Getreide, vom Mahlweizen auf Raps umgelenkt wird. Das ist ohne weiteres möglich. (*Bundesrat Köpf: Das ist einfallslos!*) Wenn man nun einen Vergleich zur Europäischen Gemeinschaft anstellt, so sieht man, daß die Versäumnisse, die in den letzten Jahren in Österreich aufgetreten sind, klar auf der Hand liegen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Im EG-Raum sind die Anbauflächen von 109 000 Hektar Ölpflanzen in den letzten zehn Jahren auf 1,143 Millionen Hektar gestiegen. (*Bundesrat Köpf: Und die Zuschüsse?*) Moment. — In Schweden baut man derzeit 139 000 Hektar Raps an, in Finnland, das ebenso wie Österreich eine Ausgangsposition von 5 000 Hektar hatte, verzeichnete man 1985 eine Anbaufläche von 60 000 Hektar, und das bei einer Getreideanbaufläche, die gleich groß ist wie jene in Österreich, und das bei einer Bevölkerungsanzahl von 4,8 Millionen. (*Bundesrat Verzetsnitsch: Warum machen wir nicht das gleiche in Österreich?*) Moment, ich komme darauf noch zurück. Das bevölkerungsmäßig kleine, neutrale Finnland hat uns den Weg vorgezeichnet, wie man den Ölsaatenanbau binnen kürzester Zeit steigern kann.

Wir führen jährlich 120 000 Tonnen Pflanzenfette und rund 500 000 Tonnen Eiweißfuttermittel ein. Hier, glaube ich, müßte ange setzt werden, damit diese Importe zurückgedrängt werden. (*Zwischenruf bei der SPÖ. — Bundesrat Schipani: Eine Frage der Wirtschaftlichkeit!*)

Nur muß der Ölpflanzenanbau so gestaltet werden, daß er auch angenommen wird, daß er greift. Wenn ein Landwirt den Bleistift zur Hand nimmt und zu rechnen beginnt, und es zeigt sich, daß er Verluste beim Rapsanbau im Vergleich zu den anderen Produkten hat, dann wird er das sicherlich nicht anbauen. Daher muß man von der offiziellen Agrarpolitik her die Situation so gestalten, daß es zu einer Erhöhung kommt.

Dazu kommt heuer noch, daß auch der Zuckerrübenanbau drastisch eingeschränkt werden mußte. Die Zuckerrübenanbaufläche beträgt ja heuer nur 60 Prozent der „normalen“ Fläche. Wir haben ja nur einen Zuckerrübenanbau auf 30 000 Hektar heuer. Natürlich werden diese freiwerdenden Ackerflächen zusätzlich für den Futtergetreideanbau

**Molterer**

verwendet. Es ist also so, daß nicht nur der Rapsanbau gefördert werden muß, sondern daß auch ein verstärkter Eiweißfutterpflanzenbau notwendig ist.

Es hat sich der Landwirtschaftsminister, nachdem das in den Jahren vorher nicht gegriffen hat, bereit erklärt, auch hier eine Flächenprämie von 5 000 S zu geben. Wir wissen, daß bei den Pferdebohnen und bei den Erbsen die Hälfte auf den Bauernhöfen selbst vermarktet und die andere Hälfte verkauft wird. Die Flächenprämie ist sicherlich richtig bei jenen Betrieben, die die angebauten Eiweißfutterpflanzen selbst vermarkten, dort aber, wo diese Eiweißfutterpflanzen verkauft werden, müßte es zusätzliche Begleitmaßnahmen geben, damit das auch in den Mischfutterwerken im Fertigfutter untergebracht werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß die nun begonnenen Getreideverhandlungen zu einem Ergebnis führen, das auch für die Bauern annehmbar ist. Eine radikale marktwirtschaftliche Ausrichtung würde durch Preisdruck zu einem negativen Strukturwandel führen. Der Verdrängungswettbewerb würde dann stärker und würde die Produktion immer mehr in die Gunstlagen Österreichs drängen. Die bäuerlichen Menschen würden dann abwandern, und langfristig würden auch ganze Regionen darunter zu leiden haben. Es muß daher unsere gemeinsame Aufgabe sein, die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe auch weiterhin zu sichern. (Beifall bei der ÖVP.) <sup>15.09</sup>

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Köstler. Ich erteile es ihm.

<sup>15.09</sup>

Bundesrat Köstler (ÖVP, Oberösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kollge Dr. Müller würde unzufrieden heute heimfahren, wenn ich ihm nicht antworten würde, da er mich ja direkt angesprochen hat. (Zwischenruf des Bundesrates Schipani) In dieser Hinsicht kann ich ihm nicht dienen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich die Debatte jetzt Revue passieren lasse, vor allen Dingen die Zwischenrufe, die aus Ihren Reihen gekommen sind — es beschränkt sich immer auf einige Personen —, dann möchte ich Sie doch fragen: Wieso haben Sie nicht den Mut, hinauszugehen und den Bauern zu sagen: Wir wollen nicht, daß Sie die entspre-

chenden Unterstützungen bekommen! — Das wäre ehrlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie agieren hier in Zwischenrufen gegen die Bauern, und draußen versuchen Sie mit Engelszungen, wenn Wahlen kommen, um ihre Stimmen zu werben. (Bundesrat Schachner: Die Ehrlichkeit, die Sie bei der Verstaatlichen gehabt haben!)

Herr Dr. Müller! Ich bedaure, daß Ihnen meine Rede nicht gefallen hat. Ich habe sie aber nicht für Sie gehalten (Beifall bei der ÖVP), sondern ich wollte hier einmal die Situation der Landwirtschaft global darstellen, umso mehr, als ja nach mir noch fünf Redner meiner Fraktion angetreten sind, die sich mit Detailfragen befaßt haben; ich kann nichts dafür, daß von Ihrer Fraktion nur zwei angetreten sind. (Bundesrat Dr. Müller: Aber gute dafür!) Ich bedaure auch, daß der einzige Bauer Ihrer Fraktion nicht anwesend ist, daß er sich entschuldigt hat. (Bundesrat Dr. Müller: Er ist krank!)

Herr Staatssekretär Murer! Sie haben zum Weingesetz Stellung genommen und gesagt, es werde eine Novelle erforderlich sein. Ihr Chef hat hier vor 14 Tagen etwas anderes gesagt: Es wird keine Novelle kommen. — Gut, ich nehme zur Kenntnis, es kommt eine Novelle. Aber es sind noch einige Fragen offen. Sie werden sie mir wahrscheinlich nicht beantworten können.

Ich habe am 13. September von diesem Pult aus, als wir das Weingesetz beeinsprucht haben, dem Minister die Frage gestellt, was mit den bis zu diesem Tag, bis zum 13. September, beschlagnahmten 13 Millionen Liter Wein geschehen werde. Einige haben gesagt, es werde verspritzen, andere haben gesagt, das gehe nicht wegen des Gesetzes und das wäre zu teuer. (Bundesrat Köpf: Aber trinken müssen wir es auch nicht!) Herr Kollege Köpf, vielleicht schadet es Ihnen gar nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Jemand ist auf den glorreichen Gedanken gekommen, die Bauern könnten das so wie die Gölle ausführen, sodaß man nachher den Bauern sagen könnte, sie vergifteten den Boden. Also das wird nicht gespielt werden.

Ich möchte doch, daß Überlegungen ange stellt werden, das Weingesetz in verschiedenen entscheidenden Passagen zu ändern. Ich habe versucht, hier am 13. September klarzu stellen, daß das Gesetz nicht vollziehbar ist, und zwar aus terminmäßigen Gründen. Soundso viele Proben werden der Bundesver-

19814

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Köstler**

suchsanstalt durch die Kellereiinspektoren angeliefert, ungefähr 150 im Tag. Nur die Hälfte davon kann bewältigt werden. Im Gesetz steht aber, daß nach einem gewissen Fristenablauf entsprechende Bescheide hinzugehen.

Ich habe Sie am 13. September hier beschworen: Fassen Sie doch keinen Beharrungsbeschuß, sondern lassen wir das Gesetz, wie wenn nichts gewesen wäre. Die Fachleute sollen sich zusammensetzen, damit endlich ein vernünftiges Gesetz herauskommt. Das wäre doch entscheidend gewesen! (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Mohnl: Lustig weiterpantschen!*)

Herr Dr. Müller, Sie haben Anstoß daran genommen, daß ich mich mit der Situation der Bergbauern zuwenig beschäftigt hätte, umso mehr, als ich die Situation nicht kenne, wie Sie glauben. — Wir dürften auch einige Bergbauern in Oberösterreich haben, das werden auch Sie wissen. Aber ich habe hier schon eines klargestellt: daß die Förderung der Bergbauern durch den Bund bisher gesetzlich nicht verankert ist, zum Unterschied von den Ländern — bei euch, bei uns und überall. In den Ländern wissen die Bauern, was sie alljährlich bekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und bitte sagen Sie Ihrem Minister Kreuzer, der die Bergbauern lediglich zu Landschaftsgärtnern degradieren wollte, eines: Er soll sich den Gebrauch anderer Definitionen angewöhnen, denn Bergbauern zu Landschaftsgärtner zu degradieren, das hieße eine mindere Kategorie von Menschen zu schaffen. Das, glaube ich, verdienen sie nicht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Abschluß noch eines. Uns wird immer vorgeworfen von seiten der Zwischenrufer und von anderen: Ihr tut nichts als in Unmengen produzieren! — Bitte nehmen Sie doch einmal eines zur Kenntnis: Die Produktion in der Landwirtschaft ist nicht so geartet wie in einem industriellen Betrieb, wo man einen Schalter umlegen kann und ein anderes Produkt kommt heraus. Das bedarf doch der Forschung und einer Umstellung von mehreren Jahren.

Wir haben den Beweis geliefert, gerade bei der heute zur Beschußfassung stehenden Novelle, daß wir gewillt sind, Strukturänderungen zur Kenntnis zu nehmen — ich möchte gar nicht im Detail darauf eingehen —: eine andere Regelung der Verpachtung und so weiter und so fort.

Wir sind ja dazu gewillt. Wir sind auch gewillt, andere Wege in der Produktion zu gehen: eine Umwidmung von Getreide auf Eiweißfutterpflanzen und so weiter. Das geht nur nicht von heute auf morgen. Aber die Landwirtschaft hat den Willen dazu.

Eines zum Abschluß — ich habe es auch in meiner Rede erwähnt —: Nennen Sie mir bitte den Berufszweig, der zum Export seiner Produkte selbst etwas leistet. (*Bundesrat Köpf: Jeder Betrieb!*) Überspitzt formuliert würde das bedeuten — Herr Bundesrat Schachner, ich sage: überspitzt formuliert —: Die VOEST produziert in einem Ausmaß Stahl, daß wir ihn im Land nicht verwenden können; er muß exportiert werden. Das ist legitim, wir bekennen uns dazu: Erhaltung der Arbeitsplätze. Aber was würde geschehen, wenn man vom Arbeitnehmer verlangen würde: Weil dieses Produkt exportiert wird, mußt du einen Beitrag leisten von sagen wir 50 Groschen von deinem Stundenlohn!

Wir wollen das nicht, wir wollen nur eines: daß Sie zur Kenntnis nehmen, daß die Landwirtschaft entscheidende Leistungen erbringt. (*Beifall bei der ÖVP.*) 15.17

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich Bundesrat Maderthaner. Ich erteile ihm dieses.

15.17

Bundesrat Ing. **Maderthaner** (ÖVP, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nur ganz kurz zu Wort melden, um auf eine Passage in der Wortmeldung des Dr. Müller einzugehen. (*Bundesrat Dr. Müller: Laßt den Dr. Müller in Ruh!*)

Herr Kollege! Sie haben gesagt, es geschehe noch zuwenig bei der EWG, wir üben zuwenig Druck aus. Sie haben gemeint, Österreich als Transitland könnte vielleicht hier etwas tun.

Das ist genau die Bestätigung dessen, was ich in meiner Wortmeldung gesagt habe: daß dort nicht alle Möglichkeiten genutzt werden, um für die Landwirtschaft mehr zu erreichen. Ich glaube nämlich, daß dies möglich wäre. Nur müßten wir uns darum bemühen.

Sie haben in diesem Zusammenhang den Vorwurf gemacht: Wo bleiben unsere Vertreter? — Sie haben diesen Vorwurf an die falsche Stelle gerichtet. Unsere Vertreter haben jahrelang, Jahrzehntelang für die Landwirtschaft gekämpft! (*Beifall bei der ÖVP.*)

## Ing. Maderthaner

Aber wo bleiben Sie dabei? Ich sage es noch einmal: Der Vorwurf geht in der Hauptsache an den Landwirtschaftsminister, der ja, wie bekannt ist, den doppelten Reiseaufwand für Auslandsreisen hat wie der Herr Außenminister, und das ist für einen Landwirtschaftsminister bemerkenswert. Was tut er dort? Er hat sicherlich nicht alle Möglichkeiten genutzt.

Ich möchte es noch einmal wiederholen — ich habe schon darauf hingewiesen —: Die Landwirtschaft ist für die Gesamtwirtschaft, für die Volkswirtschaft in Österreich ein wesentlicher Investitionspartner, der erhalten bleiben muß. Wenn man aber die Mittel für Beratung und Forschung streicht, wie das jetzt im Budget der Fall ist, so ist das sicherlich nicht der richtige Weg.

Es gibt Möglichkeiten, daß wir hier weiterkommen. Auch Herr Staatssekretär Murer hat solche heute aufgezeigt. Nur glaube ich, es sollte nicht beim Aufzeigen bleiben, sondern wir sollten gemeinsam handeln. Denn auch hier wird der Satz gelten: An den Taten wird man Sie messen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) <sup>15.19</sup>

**Vorsitzender:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Köpf. Ich erteile ihm dieses.

<sup>15.19</sup>

Bundesrat Köpf (SPÖ, Salzburg): Herr Staatssekretär! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte namens der Sozialistischen Partei mit allem Ernst, Herr Bundesrat Köstler, und mit all dem gebotenen Respekt Ihre Unterstellungen schärfstens zurückweisen. Wir bekennen uns zu all den Gesetzen, die wir seit 1970, seit wir auch in diesem Lande die Mehrheit haben beziehungsweise die Regierung stellen, gemeinsam beschlossen haben. (Bundesrat Molterer: Aber die Ministerentwürfe haben anders ausgeschaut!) Wir haben und Sie haben seit 1970 alle Marktordnungsge setze mitgeschlossen. Es sind Verfassungsge setze, die eine Zweidrittelmehrheit benötigen. Man kann sich auf diese Art und Weise nicht immer von der Verantwortung drücken, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Zum zweiten: Ich weise schärfstens zurück, daß wir der Landwirtschaft das, was — ich möchte jetzt nicht sagen: was wir ihr ver schafft haben — notwendig ist, was aus unse rer Gesamtwirtschaft herauskommen kann, was wir bezahlen können, mit unseren und Ihren Stimmen zur Verfügung stellen, weil wir genauso wie Sie überzeugt sind, daß

unsere Landwirtschaft einen hervorragenden Platz in unserer Gesamtwirtschaft einnimmt.

Aber es kann doch nicht so sein, daß wir über diese Zahlen nicht einmal reden dürfen. Wir stellen daher hier fest ... (Bundesrat Dr. Pise c: Warum „aber“?) Jawohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, und Sie wissen es ja selbst viel besser als wir ... (Bundesrat Dr. Pise c: Warum „aber“? — Bundesrat Schipani: Unsere Bauern sollen uns ernähren, nicht überernähren!) Wir stellen hier fest, die Gesamtwertschöpfung der Landwirtschaft beträgt 40 Milliarden Schilling. Es kommen also über die verschiedensten Wege nicht nur 19 Milliarden Schilling, sondern 24 Milliarden Schilling zurück. Wir brauchen das. Wir brauchen nicht um eine Milliarde Schilling zu streiten, sondern wir brauchen das, die Bauern brauchen das, die gesamte Wirtschaft braucht das. Das brauchen Sie uns nicht vor zuhalten, weil wir das ja mit beschlossen beziehungsweise initiiert haben. Das ist einmal eine ganz klare Regelung, eine ganz klare Sprache. (Bundesrat Dkfm. Dr. Pise c: Abgetauscht! Gegen andere Gesetze!)

Im weiteren darf ich bitte mit aller Ent schiedenheit, Herr Bundesrat Köstler, Ihren Vorwurf zurückzuweisen, daß wir Land schaftspfleger erzeugen wollen oder sonst irgend etwas. (Bundesrat Köstler: Der Minister hat es gesagt, der Kreuzer!) Aber nicht in diesem Zusammenhang, Herr Bundesrat Köstler. Sie selbst sagen ja, daß es die Tätigkeit, die Aufgabe — und das war ja immer so in der Vergangenheit — des Bergbauern auch unter anderem ist (Bundesrat Köstler: Brauchen wir!) — das ist ja selbst verständlich —, daß er seinen Lebensunterhalt, seine Produktion in ausreichendem Maße festigen kann. Gleichzeitig hat er, und das ist unbestritten, eine landschaftspflegerische Tätigkeit, die automatisch aus seiner Tätigkeit als Bauer entspringt. Stellen Sie sich vor, die Almen würden nicht mit Vieh bestückt sein, stellen Sie sich vor, es würde das Gras nicht gemäht werden, und vieles andere mehr. Das wissen Sie, das wissen wir, aber, bitte, die Bergbauernzuschüsse in diesem Ausmaß sind erst im Jahre 1970 eingeführt worden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage das deshalb mit einer solchen Ein dringlichkeit, weil uns in Wirklichkeit ja gar nicht soviel trennen kann, wenn wir beide zusammen die Gesetze beschließen, aber schon bei der Beschußfassung schwindeln Sie sich wieder hinaus. Ein ÖVP-Abgeordneter tritt zurück, ein ÖVP-Bundesrat sagt, er

19816

Bundesrat — 474. Sitzung — 21. März 1986

**Köpf**

könne nicht mitstimmen. Wir verstehen das ja alles, aber so werden wir die großen Probleme, die ganz Europa hat, ja nicht lösen können. Das können wir nicht lösen, indem wir ständig immer mehr und mehr produzieren ... (*Bundesrat Dr. Pise c: Die Bauern zahlen die Steuern für die VOEST! — Widerspruch bei der SPÖ.*) Es war dies einer der „intelligentesten“ Zwischenrufe in den letzten paar Jahren. Ich möchte darüber hinweggehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Niemand wird in Abrede stellen können, daß wir gemeinsam diese schwierigen Probleme lösen müssen. Wir müssen sie lösen, wir werden sie aber nicht über die Produktionsseite lösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt keinen anderen Wirtschaftszweig, der einfach hergehen und sagen kann: Wir produzieren, und das muß abgenommen werden! Das ist nicht möglich. Sie kommen hierher und sagen nicht nur, Ölsaaten produzieren, sondern Sie sagen, Ölsaaten produzieren und dieselben Zuschüsse wieder, sodaß sich hier wieder das Rad zu drehen beginnt und ständig die Überproduktion, eben bei anderen Produkten, erfolgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf noch einmal sagen: Wir sind stolz auf unsere Bauern, wir werden uns von Ihnen unsere bauernfreundliche Politik — die mit Schwierigkeiten verbunden ist, keine Frage — auf keinen Fall vermissen lassen. Eines dürfen Sie zur Kenntnis nehmen: Wir werden auch in Zukunft für die Bauern da sein, und das lassen wir uns von Ihnen nicht streitig machen. (*Beifall bei der SPÖ.*) <sup>15.24</sup>

**Vorsitzender:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Müller. Ich erteile ihm dieses.

<sup>15.24</sup>

Bundesrat Dr. Müller (SPÖ, Tirol): Meine Damen und Herren! Wirklich nur ganz wenige Sätze.

Erstens: In manchen Köpfen hier herinnen, leider auch von Bauernvertretern, spuken noch ein Bild und eine Sicht des Bauern und der Arbeitsweise des Bauern herum wie vor 30 Jahren — damals mag es gestimmt haben —, wie zu einer Zeit, als Österreich noch ein Lebensmittelimportland war, wo Überschüsse noch ein Traumbild der Kriegsgeneration waren. Daß dieses Bild noch in den Köpfen herumspukt, das tut mir aufrichtig leid.

Zweitens: Manche führen sich hier so auf mit den agrarischen Überschüssen: Entweder begeben sie sich in die totale Hoffnungslosigkeit, oder man sagt ganz einfach, der Staat solle alles machen. Man will das Kreative und das Initiative, das auch hier gefordert wird, einfach nicht haben.

Das wäre genau so, wie wenn man der VOEST sagen würde, produziert auf Ewigkeit Kehrschaufeln, der Staat übernimmt die Abnahmegarantie. Wir müssen wegkommen von den Reglementierungen durch die Fonds, wir müssen wegkommen von den Reglementierungen durch Verarbeitungsbetriebe. Lassen auch Sie, bitte, die Bauern arbeiten! (*Beifall bei der SPÖ.*) <sup>15.26</sup>

**Vorsitzender:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur Abstimmung.

*Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates, soweit er dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegt, keinen Einspruch zu erheben.*

**2. Punkt: Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates**

**Vorsitzender:** Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Vertreters Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Durch das Ableben von Bundesrat Dr. Rudolf Schwaiger ist diese Nachwahl notwendig geworden.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, Bundesrat Dr. Friedrich Hoess von der Länderkammer aus als Mitglied in die Parlamentarische Versammlung des Europarates zu entsenden.

Wird die Durchführung der Wahl mittels Stimmzettel gewünscht? — Es ist dies nicht der Fall. Ich werde daher die Wahl durch Handzeichen vornehmen lassen.

**Vorsitzender**

Ich bitte jene Bundesräte, die dem bekanntgegebenen Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. — Dies ist **S i m m e n e i n h e l l i g k e i t**. Der Wahlvorschlag ist somit **a n g e n o m m e n**. (*Allgemeiner Beifall.*)

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der **n ä c h s t e n** Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Donnerstag, der 10. April 1986, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat diese Woche verabschiedet hat beziehungsweise in der übernächsten Woche in Verhandlung nehmen wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschußvorberatungen sind für Dienstag, den 8. April 1986, ab 16 Uhr vorgesehen.

Die Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

**Schluß der Sitzung: 15 Uhr 30 Minuten**